

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der wertthätigen Bevölkerung.

Telephone Nr. 9261

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephone Nr. 9262

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Lübeckstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergepaßte Zeitseite oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf. Auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91.

Dienstag, den 19. April 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Russland und Japan.

Die Japaner sehen beharrlich ihre alte, von Anbeginn des Kämpfes um Port Arthur von ihnen befolgte Taktik fort, die Russen durch immer neue Angriffe auf Port Arthur müsse zu machen und die ihnen noch entgegenstehenden feindlichen Streitkräfte aufzureißen, ohne ihrerseits dabei viel auf Spiel zu setzen. Wie über London vom Kriegsschauplatz berichtet wird, haben die Japaner Port Arthur seit Mittwoch fast ununterbrochen besetzt. Auch Sonnabend haben wieder heftige Kämpfe stattgefunden, deren Resultat indessen noch unbekannt ist. Eine Petersburger Lassan-Meldung meldet, jedoch unter Vorbehalt, bei dem Angriff der japanischen Flotte am Freitag sei das Schlachtfisch "Sewastopol" untergegangen und ein anderes Schlachtfisch beschädigt worden. Die offiziöse russische Telegraphen-Agentur bestreitet zwar schon diese Nachricht, doch sind die Meldungen vom Untergang des Schlachtfisches "Sewastopol" an der Börse allgemein Glauben. Die "Kreuzzeitung" enthält sogar die sensationelle Meldung, in Berlin sei Sonnabend an gut unterrichteter Stelle die Meldung eingetroffen, daß Port Arthur von den Japanern genommen sei. Eine Bestätigung hat diese Meldung jedoch bisher nicht gefunden. Die Lage der Russen in Port Arthur ist jedenfalls äußerst kritisch, und es ist nur mehr eine Frage der Zeit, wie lange sich Port Arthur noch gegen den sich immer erneuernden Ansturm der Japaner zu halten vermögen wird. Das Schicksal Port Arthurs hängt nunmehr, da die russische Flotte zertrümmert ist, einzig und allein von den Landtruppen ab, und davon, ob diese im stande sein werden, Landungsversuchen der Japaner erfolgreich die Spitze zu bieten.

Die Vernichtung des großen Panzers "Petrovawlowsk" soll nach einer in Tokio eingetroffenen Meldung des Admirals Togo durch eine von den Japanern gelegte Mine verursacht worden sein. Das betreffende Telegramm lautet: "Admiral Togo meldet, er habe am 11. April einen Angriff auf Port Arthur gemacht und um Mitternacht Minen gelegt, worauf er seine Schiffe auf eine Entfernung von 15 Meilen zurückzog. Die 'Petrovawlowsk' sei, als sie den Hafen verließ, auf eine japanische Mine gestoßen und in die Luft geslogen." In russischen Marinekreisen neigt man dagegen immer mehr der Meinung zu, daß der Panzer durch ein japanisches Unterseeboot zum Sinken gebracht worden ist. Man behauptet, daß Japan verfügt in Besitz zweier Unterseeboote gelangt sei. Letzteres heizt nach neueren Meldungen die Besatzung des "Petrovawlowsk" bei seinem Untergange 600 Mann, wovon nur 75 gerettet sind. Die aufgefundenen Leichen wurden Sonnabend von den Kameraden begraben.

Naß amtlicher Richtigstellung heißt das am 12. d. M. untergegangene russische Torpedoboot nicht "Beschränkt" sondern "Strachan" und das Torpedoboot, welches nach dem Untergang des "Petrovawlowsk" den Großfürsten Chriss aufnahm nicht "Besumny" sondern "Beschumny".

Aus Charbin kommt die Nachricht, daß wiederum zwei japanische Generalsabsoffiziere gefangen genommen wurden, welche die Kleidung tibetischer Nomaden trugen. In ihrem Felde fand man 30 Kilo Sprengstoffe, 3 Schachteln Brandpulver und Geräte zum Schienensprengen usw. Wahrscheinlich beabsichtigten sie, die Brücke über den Fluss Nonna zu sprengen. Beide Gefangene gestanden angeblich ein, daß sie die Eisenbahlinie zerstören wollten.

Aus Petersburg wird dem "Standard" telegraphiert, daß Wladimirovsk-Geschwader sei wieder ausgelaufen.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Finanzmittel des russischen Staates möglichst zur Deckung der Kriegskosten zu verwenden, schreibt ein Befehl des Kaisers eine zeitweilige Einschränkung der Tätigkeit der Adels- und Bauern-Agrarbank vor.

Um japanischen Kohlendampfern ist es, wie das Londoner Blatt "Globe" erfährt, höchst gelungen, mit Kohlen für die japanische Flotte aus britischen Häfen nach Japan zu gelangen und den russischen Schiffen im Mittelmeer zu entkommen. Die japanischen Schiffe wandten dabei die List an, daß eins von ihnen seine Fahrt nach Suez richtete, wohin es von den russischen Kriegsschiffen verfolgt wurde, während inzwischen die anderen japanischen Kohlendampfer den Kurs um das Kap der Guten Hoffnung nahmen, auf welchem Wege sie ganz unbehelligt blieben.

"Daily Telegraph" berichtet aus Petersburg, daß Russland für zwei Millionen Rubel Seidengeschäfte in Frankreich bestellt habe.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 16. April 1904.

Die Bewilligung des Reichskanzler-Estats.

Der Reichstag führte Sonnabend in einer wieder sehr ausgedehnten Sitzung die Debatte über den Statut des Reichskanzlers glücklich zu Ende. Sie zeigte interessanteren Nuancen als die gestrige. Zunächst konnte wieder einmal festgestellt werden, wie erfolgreich Zentrum und Rechte sich bemühten, den Ton im Reichstag herunterzubringen. So nahm Herr Dr. Bachem sich heraus, den Demokraten Blumenthal einen Winkeladvokaten zu nennen. Erst am Ende der Sitzung traf ihn ein Ordnungsruf dafür. Ganz ungerigt kam der süddeutsche Bündner Dr. Wolff davon, der sich den Soz leistete, die Wähler des Herrn v. Gerlach seien noch dümmter als Herr v. Gerlach selber. Eine wahre Blütenlese agrarischer Unverschämtheiten bot die Rede des Abg. v. Oldenburg. Er jammerte darüber, daß die Großgrundbesitzer, die sich um die Ernährung der Gesellschaft schänden müssten, nur eine zweiprozentige Kapitalverzinsung hätten, tadelte an den Biehöhlen, daß sie doch nicht die gewünschte Fleischsteuerung bringen würden und wünschte mit grossem Enthusiasmus die Seiten Bismarcks zurück, unter dem Landwirtschaft und Industrie sich gegenseitig bewilligt hätten, was sie brauchten. Schamlos bekannte er sich offen zur Maßregelung eines seiner Vorarbeiter, der für einen Freisinnigen gestimmt hatte. Sehr unhöflich benahm er sich gegen den Reichskanzler, dem er vorwarf, daß er wohl schöne Reden hielt, aber keine Taten folgen ließe. Dabei erzählte er, daß die sogenannte Reichskanzlerrede gegen die Sozialdemokratie auch nach seinem Wahlkreis in 800 Exemplaren hingestellt worden sei. Sie wäre ausgeboten worden wie saures Bier, aber keiner habe sie getrunken, bis sie schließlich par ordre du maître durch die Gemeindevorsteher verteilt worden sei. Genosse Singer nagelte diese Verzerrungen fest und riet der Rechten, welche immer auf der Suche nach dem starken Mann sei, doch die Stelle einmal öffentlich auszuschreiben. Die Stellung unserer Fraktion zu der Resolution Dr. Müller-Meininger, die dem Bundesrat eine bestimmte Frist für seine Stellungnahme zu Reichstagsbeschlüssen binden will, präzisierte er so, daß man mit ihrem Grundgedanken einverstanden sei, wenn sie auch die Halbhheit enthalte, nur für jenen Beschlüsse des Reichstags, und das ist die Minderheit, eine höflichere Behandlung durch den Bundesrat zu verlangen, die die Form von ausgearbeiteten Gesetzen haben. Staatssekretär Graf Posadowsky suchte den Bundesrat gegen die Vorwürfe, die ihn in dieser Debatte mit Recht getroffen, zu verteidigen. Sehr niedlich war seine an die Adresse der Nationalliberalen gerichtete Bemerkung, sie sollten nur ja nicht verlangen, daß die Regierung sich nach der Volksstimme richte, denn dann müßte sie, wie das Ergebnis der letzten Wahlen gezeigt habe, den Zukunftsstaat im Sinne der Volksfreiheit vorbereiten. Den agrarischen Angriff auf den Reichskanzler, den der freisinnige Abgeordnete Schröder, nicht ganz ohne Nebenblick, besonders unterstrichen hatte, beantwortete Graf Bülow, der erst in später Stunde im Reichstag erschien, persönlich. Er führte den Agrarern nochmals zu Gemüte, wie viel er bereits für sie getan habe, und bat sie dringend, doch nicht immer auf ihn zu schließen. Nach einem Scharmützel zwischen dem Demokraten Blumenthal und Herrn Gründer vom Zentrum wurde die Debatte geschlossen und die Resolution Müller-Meininger mit allen Stimmen gegen das Zentrum angenommen. Graf Bülow erhielt sein Gehalt bewilligt und der Rest des Staats war so rasch erledigt, daß fast die beiden Resolutionen übersiehen worden wären, die sich auf die Lage der Staatsarbeiter und die Submissionsbedingungen bei Vergebung von Staatsarbeiten beziehen. Die erörtert von uns, die zweite vom Zentrum her. Beide sollen am Montag behandelt werden. Außerdem steht der Statut des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung.

68. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Dr. Nierberding.

Die zweite Lesung des Staats für Reichskanzler und Reichskanzlei wird fortgesetzt.

Dr. Bachem (B.): Der Antrag Müller-Meininger ist eingebrochen, weil die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes die Herren, wie sie sagen, überrascht hat. Crist ist das für die Nichtaufhebung des § 1 nicht zu? (Sehr gut! im Zentrum.) Und würden Sie ebenso überrascht sein, wenn die ebenso alte Forderung des Reichstages nach Diäten die Zustimmung des Bundesrats hätte? (Sehr richtig! im Zentrum; Zuruf links: Freudig überrascht! Heiterkeit!) Der Antrag enthält ein Abstimmenvotum gegen den Bundesrat, das gegenüber der bisherigen Praxis und nach den gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Nierberding auch für die Zukunft unbereit ist. Nach Annahme des Antrages könnte der Bundesrat alle unsere Beschlüsse unter den Tisch fallen lassen, ohne überhaupt dazu Stellung zu nehmen und ohne

auf unsere vielleicht unbedeckten Fragen zu antworten. Deshalb kann ich bei diesem Antrag Müller-Meininger und Konsorten (Unruhe links) weder die offene noch die verdeckte Tendenz (Große Unruhe links) billigen. Inbezug auf die Frage des Kirchhofs in Jamek hat der Abg. Blumenthal, selbst ein Jurist, hier wie ein Winkeladvokat Tatsachen mitgeteilt, ohne die Rechtsgrundlage mit einem Wort zu erwähnen. (Sehr richtig im Zentrum; Unruhe links.) Redner gibt dann eine lange Schilderung der Rechtsverhältnisse der Kirchhöfe in Elsaß-Lothringen, die seiner Meinung nach nur ausschließlich katholisch-konfessionell verwaltet werden dürfen. In Jamek ist durch rohe Polizeigewalt die Beerdigung einer protestantischen Leiche auf dem katholischen Friedhof erzwungen worden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Blumenthal hat empfohlen, den katholischen Pfarrer in Jamek eventuell mit Gewalt zur Annahme der verweigerten Amtshandlungen zu veranlassen. Das sei die Freiheit, welche die Demokratie in kirchlichen Dingen gestatte. (Sehr richtig! im Zentrum; Unruhe links.) Wenn aber in Preußen die Protestantanten ihre Kirchhöfe den Katholiken weigerten, kümmere sich kein Mensch darum. Lebhaftig werde Herr Blumenthal wohl aus seiner Vergangenheit noch wissen, wie tief die religiösen Gefühle der Juden verlegt seien, wenn Andersgläubige auf ihren Kirchhöfen begraben würden. Nicht der Fall Jamek sei empörend, sondern die illoyale Ausschaltung dieses Falles. (Bravo! im Zentrum.)

Dr. Wolff (Bund d. Landw.): Die Behauptung des Grafen Steventlow, daß wir durch das englisch-französische Abkommen in Marocco bei Seite geschoben sind, hat der Reichskanzler nicht entkräften können. — Herr Bebel hat längst die Lage der Landwirtschaft als glänzend bezeichnet. Das beweist nur, daß er diese Verhältnisse überhaupt nicht kennt. Wenn aber Herr v. Gerlach sich hier als landwirtschaftlicher Sachverständiger ausspielt, weil er in einem ländlichen Wahlkreis Hessen gewählt sei, nun, dann sind seine Wähler eben noch dümmter gewesen, als er selber: es sind wirklich blinde Hessen. (Heiterkeit) — Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Russland sollte der Reichskanzler den gegenwärtigen Krieg in Ostasien zur Erlangung günstiger Bedingungen ausnutzen.

Dr. Krämer inski (Bd.): Herr v. Hammerstein hat behauptet, Preußen habe viel für die polnischen Landesteile getan. Alle Auswendungen Preußens decken aber noch nicht einmal die Zinsen dessen, was es seit der Annexion an Kirchengütern eingestellt hat. Redner geht ausführlich auf das Ansiedlungsgesetz ein.

Wettler (El.): polemisiert gegen den Abgeordneten Blumenthal, der die Demokratie mit Hilfe von Ausweisungen durchführen wollte. Dann geht Redner auf das über den Kirchhof in Jamek verhängte Interdikt ein.

v. Oldenburg (R.): Der Landwirtschaft kann es aus die Dauer nicht genügen, wenn der Reichskanzler an den Staatssekretär des Auswärtigen und dieser an den Reichskanzler verweist und dann beide still sind. (Heiterkeit.) Graf Posadowsky, den der Reichskanzler hier in die Wüste schafft (Heiterkeit), bringt dem Zentrum den § 2 des Jesuitengesetzes, den Sozialdemokraten das Klostergefecht, den Freisinnigen die Börsennovelle. Nun, da die Welt weggegangen ist, nicht der Agrarier als Poet. (Gr. Heiterkeit.) Aber der Reichskanzler wird uns nicht in seinen Himmel nehmen. (Heiterkeit.) Wir müssen uns ja weiter mit 2 Proz. Kapitalverzinsung für die Ernährung der Gesellschaft schänden. Wenn ich schadenfroh wäre, würde ich mich jetzt über die freuen, die dem Antrag Starodoff in der Annahme zustimmen, der Reichskanzler sei nun moralisch verpflichtet, bald Handelsverträge vorzulegen. Ich erinnere mich hier an das Lied der Mädchen in den Spinnstuben: Grün, grün, Weißerfrau, ich hab' meinem Schatz zuviel vertraut! (Gr. Heiterkeit.) Man dankt dem Reichskanzler, daß er die Mundetzölle nicht fallen läßt. Aber er könnte ja seine ganze Politik mit dem Zentrum nicht durchführen und das Zentrum könnte ja die Marine- und Militärvorlage gar nicht annehmen, wenn nicht die wirtschaftliche Lage geglückt wäre im Interesse derer, die Verständnis haben für produktive Arbeit. (Abg. v. Normannen rief laut: Bravo! Stürmische Heiterkeit.) Die Biehölle werden auch nicht ausreichen, um eine Fleischsteuerung herbeizuführen. Viel wichtiger ist der absolute Seuchenschutz. Es ist ja traurig, daß sich Industrie und Landwirtschaft jetzt die paar Zölle, die sie bekommen, gegenseitig vornehmen. So lange führt Bismarck am Studer war, herrschte Gleichheit der Interessen. Wir haben uns gegenseitig bewilligt, was wir brauchten. (Stürmische Heiterkeit b. d. Soz.) und das deutsche Vaterland hat sich dabei sehr gut befunden. (Andauernde Heiterkeit.) Ich habe das Wort genommen, um die Legende zu zerstreuen, als wenn unser Reichskanzler in seinen 4 Amts Jahren irgend etwas Ernsthaftes für die Landwirtschaft getan hätte. Daran glaubt nur Herr Bebel und Herr Gotheim. Unter uns jungen Mädchen fragt, ich habe einen meiner Vorarbeiter, der für Gotheim gestimmt hat, einfach entlassen. (Gr. Unruhe b. d. Soz.) Ja, ich halte auf Ordnung wie der sozialdemokratische Parteivorstand. Man kann nicht liberale Politik machen und in den Nutzestunden Dünge fahren. (Andauernde Unruhe links.) Der Reichskanzler hält viel schöne Reden, ist ja auch immer sehr liebenswürdig, aber auf Reden kann ich keinen großen Wert legen. (Heiterkeit.) Unser Verhältnis zum Reichskanzler ist rein platonisch, gar nichts Neues. (Heiterkeit.) Das Bedenklische ist, daß der Reichskanzler glaubt, mit seinen schönen Reden könne er etwas tun. Wenn aber nicht der reale Willen am Tat hinter ihnen steht, dann werden sie wohl gedruckt. Von seiner Rede gegen die Sozialdemokratie kamen 800 Ge-

platte in meinen Kreis. Sie wurden ausgebeten wie sauer Bier (Stürmische Heiterkeit), wir konnten sie aber nicht loswerden. Schließlich haben wir sie par ordre du matin an die Gemeindeschreiber verteilt. Was die damit gemacht haben, weiß ich nicht. (Gr. Heiterkeit.) Wir sind ja schließlich zum Reden hier, die Wähler wollen einmal hören sehen. (Stürmische Heiterkeit.) Man kann die Tribune doch nicht blos den andern zur Propaganda überlassen. Es geht mit den Nieden, wie es von der Zwiebel heißt: Man weint dabei und frisst sie doch. (Sturm. Heiterkeit.) Nun aber will ich ernst werden. (Oh! Oh! b. d. Soz.) Ich möchte dem Reichskanzler mehr Bismarck'sche Eigenschaften. (Lach. Beifall rechts.)

Singer (SD): Der Vorredner irrt, wenn er meint, daß sich das Volk nach Bismarck zurücklehnt. Aber er fühlt sich ja nicht blos als Agrarier, sondern auch als Poet. (Heiterkeit b. d. Soz.) Seine scharfen Angriffe gegen den Grafen Bülow hat dieser nicht verdient. Graf Bülow hatte ausdrücklich erklärt, daß ein über die Vorschläge der verbündeten Regierungen hinausgehender Zolltarif nie zu Stande kommen würde, aber dem Drängen der Agrarier nachgebend, ist er dieser seiner Versicherung gegenüber geradezu wortbrüderig geworden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Art Danbarkeit erfährt er jetzt von Leuten, für die er Millionen über Millionen aus den Taschen der Arbeiter genommen hat. (Lärm rechts.) Diese Danbarkeit ist der Ausfluss der unmissachten Habgier der Agrarier. (Lachen und Lärm rechts.) Der Vorredner hat erzählt, daß er 800 Exemplare der Kanzlerrede gegen die Sozialdemokratie, die ihm zugegangen seien, nicht habe an den Mann bringen können. (Heiterkeit) Hätte man uns nur die Verbreitung überlassen, (Erneute Heiterkeit) dann wären die Exemplare nicht liegen geblieben, allerdings hätte unsere Erwiderung dabei kein müssen. Alle Klagen der Konsernativen laufen ja darauf hinaus, daß Gesetze gegen die Sozialdemokratie gemacht werden sollen; es ist eine förmliche Suche nach dem starken Mann. Ich rate Ihnen, schreiben Sie doch die Stelle aus. (Gr. Heiterkeit) Unsere Stellung gegen Ausnahmegesetze ist immer konsequenter gehalten. Diejenigen von den Herren, die glauben, daß es den Jesuiten vorbehalten ist, uns totzuschlagen, sollten doch froh sein über unsere Verbündung, die uns selbst dafür stimmen ließ, daß unsere Verbündete ins Land zurückkehren. Redner erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Resolution Müller-Meinzen. Es grenzt an Unfug, in welcher Weise der Bundesrat mit Beschlüssen des Reichstages umgeht. (Sehr richtig! links.) Die Rede des Herrn Payer, besonders über die des Herrn Stöckmann konnte den Einfluß erweisen, als wenn die Aufhebung des § 2 der einzige Grund wäre, weshalb die Resolution gestellt worden ist. Dagegen müßten wir uns entschieden verteidigen. (Rufe bei den Frei! wie auch!) Es soll nicht so aussehen, als sei die Resolution nur eingearbeitet, um den Reichstag zu verunsichern, nachträglich ein Votum gegen die Aufhebung des § 2 abzugeben. Selbst wenn das evangelische Einverständnis des Herrn Dr. Trendt dadurch leidet (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), dessen Schärfe sich wohl aus der Kenntnis dieses Bewußtseins erläutert. (Erneute Heiterkeit) Die Resolution ist eine Haltung, die sollte aufgedeckt werden auf alle Bewußtseins des Reichstages, auch auf jene, die nicht in Gesetzesform gefestigt werden. Auch die Resolutionen sollten vom Bundesrat mit der Achtung behandelt werden, die für Reichstagsbeschlüsse erforderlich ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf von Fabosch: Hört man die Klagen über den Bundesrat, so sollte man glauben, daß unsere geliebten Täugsten seit 10 Jahren tot sind. Dabei sind in seinem Lande in viel schwieriger wirtschaftlicher Situation geordnet worden, wie bei uns. Eher sind die Klagen berechtigt, daß wir zu viel Gejäge jähren. (Sehr wohl!) Wenn der Bundesrat auf einen Reichstagsbeschuß nicht sofort antwortet, so handelt es sich entweder um einen Unzug, der zum so und so vielen Male über vorgelagert wird, oder die Statutarie ist so verwirkt, daß wir nur ammieren könnten: zur Zeit wird dieser Ausweg keine Folge gegeben. Wir haben es dann aber für politischer, die Antwort bis zur endgültigen Entscheidung hinauszögern. In der Debatte ist die Erinnerung gefallen, wir sollten uns nach der Stimmung des Volkes entscheiden. So kann mir der Selbstverständnis reden nur, in der Statutarierzeit überhaupt untergehen. (Sehr richtig!) Das Selbstverständnis ist, wird sich sehr schwer erinnern lassen. Bei der letzten Wahl haben die Sozialdemokraten das größte Kontingent der Wähler geholt, und wenn wir noch eiserne Stimmung unserer Polizei erreichten müßten, so würden wir heute schon im Staatsgefängnis sein. (Sehr richtig! b. d. Sozial. Heiterkeit)

Dr. Müller-Meinzen (SD): Herr v. Oberndorff, der eine solche Wiederholung zwischen Gardezöpfen und Patriotenformuliert, ist kein ehrlicher Agrarier, sondern höchstens ein politischer Strunkmeister (Grazer). Wir sind bereit, in unserer Sitzung des Amtesausschusses zusammenzutreffen. Ich befürchte Herrn Singer, daß er in einer Abstimmung mit dem tatsächlichen Gehalt der Verbündetenentscheidung über § 2 des Feuerwehrgesetzes nichts zu tun hat. Das ist ein rein zufälliges Zusammentreffen. Bei den Reaktionen liegt die Sache doch anders, da soll der Bundesrat erst ein Gesetz erlassen. (Sehr richtig! links.)

Großer (SD): polarisiert unter großer Masse der nun noch sehr jungen Wähler kaum gegen das Abgeordnetenamt, der die Ausstellungen der jungen Arbeitsmarktgemeinden betreffend sehr auf eine Deutung des Rechters über die Handhabung des Feuerwehrgesetzes im Falle erfordert.

Gebhard Halle, daß ihm einzelne Fälle nicht bekannt seien und daß er die Berichtigung für das Verbündete untergestellter Beamten ablehnen würde.

Singer (SD): So jetzt ich mit der Erklärung des § 2 einverstanden bin, hätte ich noch gesagt, daß die Soz. vorher noch einmal hier verhandeln werden müßt. Dann sollte man die Regierung mittel dem Namen, weshalb der Befehl des Bundesrats jenseits auf sich hat stellen können. Es fehlt große Erklärung in der sozialistischen Bevölkerung über die wahre Bedeutung der Industriewirtschaft und die Bedeutung sonstiges, was wir unserer Künftigen in kultureller Hinsicht machen werden. (Gebharder Graf Bülow erhält im Saal) Die Befreiung des Feuerwehrbeamten, die bei Strafe befreit den Verdienst zeigt, jedoch über immer neue Belohnungen. Und kein Gewissensbisse gegen die Männer wird und größeres Unbehagen befreien. Gute solche Fälle, wie sie beim Herrn v. Oberndorff in Wörth nicht im kleinen Rahmen gegen den freien Bülow gehalten hat, habe ich noch nicht erzielt. Es darf natürlich nicht durch die Befreiung werden. Die Angestellten haben doch zuviel zu tun. (Bei rausch: Wer haben ja noch nichts!) Sie haben zuviel zu tun eben. (Bei rausch: Was denn?) Es ist im kleinen Rahmen bei der Feuerwehr versteckt, daß es den Industriewirtschaften mehrere mal im Jahr bis zu 100000 Mark keine Abhänger mehr und Menschen, die nicht bei Feuerwehr sind.

Reichskanzler nur, daß er immer so ehrliche Gegner, wie wir es sind, vor sich hat. (Bravo! links.)

Reichskanzler Graf Bülow: Ich kann meine Politik nicht ausschneiden auf Dank oder Undank, sondern nur tun, was nach meiner Ansicht dem Interesse des Landes entspricht. Herrn v. Oldenburgs Ausführungen sollen ihre persönliche Spitze gegen mich gerichtet haben. Wenn Herr Schröder diese persönliche Spitze ebenso liebevoll, möchte ich sagen (Heiterkeit), unterstrichen hat, so gefiel er sich wohl dabei als tertius gaudens. Herr v. Oldenburg hat es als Legende bezeichnet, daß ich etwas für die Landwirtschaft getan hätte. Aber ohne meine beharrlichen Bemühungen würde der Zolltarif in den Vorstudien stecken geblieben und gescheitert sein. Hätte ich bloß ein Versprechen von schönen Worten geben wollen, so würde ich mir nicht solche Mühe um den Zolltarif gegeben haben. Ich halte ihn für eine der Landwirtschaft und dem Lande nützliche Tat. Glauben Sie, daß es sich bei den schwierigen Unterhandlungen, die wir jetzt auf Grund des Zolltariffs führen, nur um schwere Nebensachen handelt? Wenn auf der Basis des Zolltariffs Handelsverträge zustande kommen, denen die Mehrheit des Hauses wird zustimmen können, so würde ich das für eine weitere nützliche Tat halten. Herr v. Oldenburg hat mir weiter vorgemessen, daß ich mich gegen den Pessimismus gewandt hätte. Wenn ich so pessimistisch wäre, wie er gesprochen zu haben scheint, so wäre ich besser, noch heute mein Amt niedergelegen. Mit einem nervösen Reichskanzler würde dem Reich in den gegenwärtigen Zeiten nicht gedient sein. Trotz seiner Schwachsinnigkeit denkt Herr v. Oldenburg sich die praktische Leitung der Geschäfte leichter, als sie ist. So liegen die Dinge nicht, daß der Reichskanzler bloß auf den Knopf zu drücken braucht und der gedekte Tisch für die Landwirtschaft nicht da. Es handelt sich um sehr schwierige Materien, und darin sollten mich die Freunde der Landwirtschaft unterstützen, statt selbst auf mich zu schließen. Schließlich meinte Herr von Oldenburg, die Schüler Bismarcks könnten sich nicht vergleichen mit dem Meister. Das ist eine der wichtigsten Bemerkungen, die ich je gehört habe. Sich mit Bismarck zu vergleichen, wäre für jeden lebenden Politiker einfach geschmaclos. Kann man sich aber nicht vergleichen mit einem Staatsmann, wie er dem Volk nur einmal im Jahrhundert gereicht wird, so sollte sich jeder bemühen, von ihm zu lernen; und eine leiner Hauptregel war, daß man nicht mit dem Erwünschten, aber Unerreichbaren, das praktisch Mögliche gefährden soll. (Bravo!)

v. Normann (S.) erklärt, daß seine Partei für die Resolution Müller-Meinzen stimmen werde.

Bloemuth (Südd. Bp.): Es ist mir unbegreiflich, wie unter dem Schutz parlamentarischer Immunität ein Kollege den andern Unterkleidungsrock nennen kann. Über solche Kampfschilde, wie sie Dr. Bacher belebt hat, gebe ich zur Lagesordnung über. (Bravo! links.) In der Frage des Zameker Kirchhofs hat das Zentrum die Charitas nicht repräsentiert, daswig sonst als Bruder der Toleranz aufspielen will. (Bravo! links.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Gröber (3.) schließt die Diskussion.

Präsident Graf Ballenreith ruft den Abg. Bachem in nachdrücklich zur Ordnung.

Das Gehalt des Reichstagsabgeordneten und der Rest seines Staats werden bewilligt, die Resolution Müller-Meinzen mit dem Amendement Stöckmann gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Resolutionen über die Lage der Staatsarbeiter, Etat des Auswärtigen Amtes).

Schluß 6. Uhr.

REICHSTAGS-DEBATTENBERICHT.

Deutschland.

Ein „staatserhaltender“ Wahlhelfer. Wegen Wahlkämpfung ist der Gemeindebaudirektor Richter aus Dülitz im Kreis Schweta zu zwei Wochen Gefangen in die Garnison“ statt. Der Staatsanwalt hat außer Verjährung, der in der Sattlerischen Offizin in Braunschweig angefertigten Platten des Bismarck-Romans beantragt, sämliche erschienene Druckeremplare des Romans, auch die in fremden Sprachen erschienenen zu vernichten. Bilsa wurde aufgefordert, Anträge zu stellen, unterließ es jedoch nach der „Franz. Ztg.“ — In Mühlheim (Rhein) sind die Verhandlungen der Aufständischen mit den Krankenanstalten und Arzten gescheitert. Sämtliche Arzte stellen deshalb am 23. April ihre Tätigkeit für die Kassen ein. — Der im Frankfurter Schulprozeß vom Berliner Landgericht verurteilte Lehrer Riebel hat gegen das ihm verurteilende Erkenntnis übermaß Revision eingeleget. — Die Regierung in Straßburg verbot die Verbreitung des Pariser Blattes „Journal des Accouchements“ in Elsaß-Lothringen. — Die Nachricht von der Entdeckung einer Militärverschwörung in Sibirien gegen die durch das Attentat gegen König Alexander kompromittierten Offiziere wird von authentischer Seite aus Belgrad als „vollständig aus der Luft gegriffen“ bezeichnet. — An der Küste von Makaroff wurde ein Lager der Aufständischen bemerkt; das einzige Kriegsschiff des Sultans besuchte die Küste. — Ein von englischen Offizieren befehligtes Bataillon der englischen Sudanarmee hat die Nilgrenze überschritten und ein an den Kongostaat verpachtetes Gebiet unweit des Albert-Sees besetzt. — Wie die Londoner Blätter berichten, hatten die Engländer in dem Gefechte gegen die Tibeter am 10. April nur 3 Tote, während auf gegnerischer Seite 190 Tote und zahlreiche Verwundete zu verzeichnen waren; außerdem wurden 70 Tibeter gefangen genommen.

Frankreich.

Ein „anarchistisches Komplott“ will man zur Abwehr wieder einmal in Frankreich entdeckt haben. Urs Paris wird gemeldet: Ein Geheimpolizist in Marceille habe in einer Kreispolizei ein Gespräch dreier Italiener belauscht, die einen Mordplan berieten. Die Polizei habe sofort eine Haardurchsuchung vorgenommen und dabei einen Farbdruck, die Tropenparade vom 14. Juli darstellend, gefunden, auf dem über dem Kopf des Präsidenten das Wort „mort“ (tot) geschrieben war. Der Urheber dieser Aufschrift, ein italienischer Arztsgehilfe Giovanni, sowie ein Arbeiter Carzio und der Klempner Bomin, alle drei sind verhaftet.

Gedachte Hoffnungen. Die polnische Blätter haben zufrieden lügen, daß der Friede Langfamiliens aus Galizien nach Polen übergetreten ist. Arbeitnehmer evangelischen Glaubens und Arbeiter der jüdischen Religion haben möglich verlässt, da sie ihre Erwartungen nicht erfüllt haben. Sie wollen daher in ihre Heimat zurückkehren.

Die Zigarettenräuber. Der „Demok. Soldatenverein“ sieht die Tagesabreißungen der kleinen Mannschaften, den

usw. pflegten, wurde als gemeinsame Überzeugung festgestellt, „daß der Deutsche Soldatenverein fest entschlossen ist, eine erhebliche Vermehrung unserer Armee zu schaffen mit allen Mitteln anzustreben.“ Ob die versammelten Herrschaften „fest entschlossen“ sind, die neuen Panzerkolosse, deren Bau sie als brennende Frage empfinden, „mit allen Mitteln“ zu bezähmen, davon wird nichts gemeldet.

Das zweite Recht vor dem Reichsgericht bestätigt. In einer Entscheidung des Reichsgerichts, die am Donnerstag durch Verlesung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Breslau zum ersten male öffentlich bekannt wurde, ist der Satz enthalten: „Es ist nicht recht, wenn bei dem Strafzettel auf die politische Ausschaltung des Angeklagten Rücksicht genommen wird.“ Das Reichsgericht setzt sich damit in flagranten Widerspruch zur Verfassung, die da sagt: „Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich.“ Und da soll man nicht von Klassenjustiz reden?

Vom Herero-Aufstand in Südwest-Afrika. Endlich, nach Tagen des Bangens und der schweren Sorge um das Schicksal der deutschen Truppen in Südwestafrika ist Sonnabend Abend die Hauptdepeche über das Gesetz bei Olrotumbu eingetroffen. Hauptmann Frieder schlägt aus dem stellvertretenden Hauptquartier in Olahandja folgende Geschäftsdépêche des Gouverneurs Leutwein, die infolge einer Betriebsstörung der Heliographenlinie erst am 16. April früh 7 Uhr in Olahandja eintraf: „Am 13. April rückte ich von Otjosa zu gegen die bei Ovumbu stehenden Herero vor. Letztere wichen bis in die Gegend von Ovumbu zurück, wo sie ihrerseits angegriffen. In zehn Stunden, schwerem Gefecht wurde der überlegene Gegner abgewiesen. Letzterer hatte zahlreiche Verluste. Da Hereroziehung von Munition und Verpflegung nicht möglich ist, und er lediglich deshalb den Rückzug antrat; aber selbst wenn man diese Gründe berücksichtigt, bleibt der Rückzug trotz allem ein sehr böses Omen. Warum hat er den angeblich geschlagenen Feind nicht energisch verfolgt? — Schlimme Verzögerung zeigt man um die Kolonne Glasekapp, von der überhaupt jede Nachricht fehlt. In kolonialen Krisen Berlins fürsieren bereits Sonnabend Nachmittag Gerüchte, diese ganze Kolonne — sie zählt 3—400 Mann — sei von den Hereros niedergemacht worden; bisher hat dieses Gerücht jedoch keine Bestätigung gefunden.

Kletus politische Nachrichten. Am 19. April findet in Mecklenburg eine Kriegsgerichtsverhandlung betr. das objektive Verbrechen in Sachen des Bismarck-Romans. Aus einer kleinen Garnison statt. Der Staatsanwalt hat außer Verjährung, der in der Sattlerischen Offizin in Braunschweig angefertigten Platten des Bismarck-Romans beantragt, sämliche erschienene Druckeremplare des Romans, auch die in fremden Sprachen erschienenen zu vernichten. Bilsa wurde aufgefordert, Anträge zu stellen, unterließ es jedoch nach der „Franz. Ztg.“ — In Mühlheim (Rhein) sind die Verhandlungen der Aufständischen mit den Krankenanstalten und Arzten gescheitert. Sämtliche Arzte stellen deshalb am 23. April ihre Tätigkeit für die Kassen ein. — Der im Frankfurter Schulprozeß vom Berliner Landgericht verurteilte Lehrer Riebel hat gegen das ihm verurteilende Erkenntnis übermaß Revision eingeleget. — Die Regierung in Straßburg verbot die Verbreitung des Pariser Blattes „Journal des Accouchements“ in Elsaß-Lothringen. — Die Nachricht von der Entdeckung einer Militärverschwörung in Sibirien gegen den König Alexander kompromittierten Offiziere wird von authentischer Seite aus Belgrad als „vollständig aus der Luft gegriffen“ bezeichnet. — An der Küste von Makaroff wurde ein Lager der Aufständischen bemerkt; das einzige Kriegsschiff des Sultans besuchte die Küste. — Ein von englischen Offizieren befehligtes Bataillon der englischen Sudanarmee hat die Nilgrenze überschritten und ein an den Kongostaat verpachtetes Gebiet unweit des Albert-Sees besetzt. — Wie die Londoner Blätter berichten, hatten die Engländer in dem Gefechte gegen die Tibeter am 10. April nur 3 Tote, während auf gegnerischer Seite 190 Tote und zahlreiche Verwundete zu verzeichnen waren; außerdem wurden 70 Tibeter gefangen genommen.

Russland.

Eine Bombe im Bett. Der Universitätsprofessor Swannow in Moskau, der bei den revolutionären Studenten sich unbeliebt gemacht hat, fand in seinem Bett eine Bombe. Außerdem erhielt er Drohbriefe, worin ihm der Tod angezeigt wird.

Frankreich.

Ein „anarchistisches Komplott“ will man zur Abwehr wieder einmal in Frankreich entdeckt haben. Urs Paris wird gemeldet: Ein Geheimpolizist in Marceille habe in einer Kreispolizei ein Gespräch dreier Italiener belauscht, die einen Mordplan berieten. Die Polizei habe sofort eine Haardurchsuchung vorgenommen und dabei einen Farbdruck, die Tropenparade vom 14. Juli darstellend, gefunden, auf dem über dem Kopf des Präsidenten das Wort „mort“ (tot) geschrieben war. Der Urheber dieser Aufschrift, ein italienischer Arztsgehilfe Giovanni, sowie ein Arbeiter Carzio und der Klempner Bomin, alle drei sind verhaftet.

— Daß der mordlustige Hölzer sich ausgerechnet eine Rache, in der ein sehr lebhafte Verkehr zu herrschen pflegt, zur Schmiedung seiner blutdürstigen Pläne ausgesucht hat, ist ein Zeichen großen Mangeln an Intelligenz. Über wollte er der Polizei den Fang ganz besonders bequamen.

◎ 亂世之亂世
◎ 亂世之亂世
◎ 亂世之亂世
◎ 亂世之亂世

Montag, den 18. April

Über die Gründung des Norddeutschen Arbeitgeberbundes wird in der bürgerlichen Presse berichtet: „In Verfolg der am 17. Dezember 1903 in Hamburg stattgefundenen Versammlung von Delegierten zahlreicher Arbeitgeberverbände fand am Sonntag, den 10. April, im Saale der Baugewerbs-Innung „Bauhütte zu Hamburg“ eine Versammlung zwecks Konstituierung eines Norddeutschen Arbeitgeberbundes statt. Die Versammlung war wiederum von Delegierten zahlreicher Arbeitgeberverbände und Innungen besichtigt. Es waren Vertreter erschienen aus Schleswig-Holstein, Fürtentum Lübeck, Oldenburg, Lüneburg und zahlreichen anderen Provinzen sowie aus den drei Hansestädten. Vom Arbeitgeberverband Hamburg-Altona war der Sekretär Herr v. Neiswitz anwesend. Außerdem waren Vertreter des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes aus Hannover erschienen. Nachdem die Statuten durchberaten und einstimmig angenommen worden waren, wurde der Norddeutsche Arbeitgeberbund konstituiert. Sofort traten ihm bei: der Viersädte-Bund Hamburg (vorläufig mit Ausnahme von Harburg), der Arbeitgeberverband zu Lübeck, der Arbeitgeberverband zu Kiel, der Arbeitgeberverband für das Bauhandwerk zu Stade, der Arbeitgeberverband für Apentrade und Umgegend, der Arbeitgeberverband für Bremz und Umgegend, der Verband der Baugewerksmeister des östlichen Holstein und des Fürstentums Lübeck, Sitz in Gutin, die Baugewerbs-Innungen zu Glinschorn, Cuxhaven, Leuenburg a. E. und Bergedorf. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: W. Lummiert-Hamburg, Vorsitzender, J. Hösch-Hamburg, P. Janus-Altona, Gottfr. Wiese-Glinschorn, H. Petersen-Stade, Ludolf Jansen-Kiel, F. Schwarzkopf-Lübeck, Ch. Jaseck-Apentrade und Franz-Geutin. Die weitere Aussprache zur Sache ergab, daß überall in Deutschland die Zusammenfassung der bestehenden Arbeitgeberverbände und ebenso die Neubildung von Arbeitgeberverbänden im kräftigen Fortschreiten begriffen ist.“ — Hoffentlich ziehen alle Arbeiter aus diesem engen Zusammenschluß des Arbeitgebertums die richtige Lehre, indem sie das Band der Organisation noch fester knüpfen. Nur dann ist es möglich, dem Unternehmertum erfolgreich die Stirne zu bieten.

Schmock an der Arbeit! Wie bei fast jeder Lohnbewegung, die größere Dimensionen annimmt, ist Schmock auch jetzt wieder ansässlich der Lohnbewegung der Bäcker eifrig bemüht, die um eine Besserstellung ihrer Lebenslage ringenden Arbeiter in den Augen des satten Bürgertums herabzusezzen und ihre Forderungen als „sozialdemokratisch“ zu kennzeichnen. So wird in einer Note der „Lüb. Anz.“ als **wesentlichste Forderung**, die Anerkennung eines sozialdemokratischen Arbeitsnachweises seitens der Arbeitgeber“ bezeichnet. Dabei handelt es sich wie unsere Leser aus unseren diesbezüglichen Notizen ersehen haben werden, in der Haupthache um die **Abschaffung des Kost- und Logiswesens** beim Meister. Da hierbei nun nicht von einer „sozialdemokratischen“ Forderung gesprochen werden kann, so stampft Schmock slugs eine zwar auch sehr wichtige, dennoch aber nicht die wichtigste Forderung, zu der **wesentlichste** Die Feststellung dieser unsauberen Manipulation Schmock genügt zur richtigen Kennzeichnung desselben.

Neber die Ursachen des Mieterausstandes auf der Koch'schen Schiffswerft werden uns seitens der Lohnkommission folgende Mitteilungen gemacht: Vor mehreren Wochen wurden seitens der Mieter der Werftleitung nachstehende Forderungen unterbreitet: 35 Pfg. Minimallohn, 25 Proz. Schmutzgeld, 1 Pfg. Aufschlag auf die Mieten und Bau der Stellagen von fachkundigen Leuten (Gimmerern). Hierauf teilte die Direktion mit, daß sie bereit sei, eine Erhöhung der Akkordpreise um 5 Prozent zu gewähren. In einer am 8. April abgehaltenen Versammlung der Mieter wurde dieser Vorschlag verworfen und einstimmig eine Resolution angenommen, in der an den obigen Forderungen festgehalten wurde. Auftragsgemäß unterhandelte die Kommission nunmehr Sonnabend vor 8 Tagen wieder mit der Direktion. Im Laufe dieser Verhandlungen erfuhrte sich der Direktor, wie die Mieter jetzt denn den von der Direktion zugestandenen Stellagenbau gehandhabt wissen wollten. Die Kommission erklärte, daß zwei Durchgangs-, eine Mittschiffs- und eine obere Stellage fest am Schiffe liegen müßten, und nicht eher fortgenommen werden dürften, bis das Schiff vom Stapel gelassen werde. Die Erwiderung des Directors ging nun dahin, daß die Stellagen von fachkundigen Leuten gebaut werden sollten. Am übrigen würde die Kommission am Montag Abend Bescheid erhalten, wie die Direktion den Bau anordnen wolle. In der weiteren Auseinandersetzung wies die Kommission darauf hin, daß die Mieter bei Fortfall des Lohnschreibens trotz der 5prozentigen Lohnerhöhung tatsächlich geschädigt seien. Um einigermaßen zu verdienen, hätte bisher schon eine große Anzahl Lohnstunden geschrieben werden müssen. Das sei in der Hauptrache auf die niedrigen Preise für die Mieten zurückzuführen. Aus diesem Grunde müsse an den Forderungen festgehalten werden. Der Director erklärte hierauf, daß weiter Zugeständnisse nicht gemacht werden könnten; insbesondere sei es unmöglich, den Minimallohn von 35 Pfg. zu gewähren. Seitens der Mieter wird aber auf diese Forderung Gewicht gelegt; sie stehen auf dem sehr richtigen Standpunkt, daß ein neu eingestellter Arbeiter doch unter den heutigen Verhältnissen mindestens 35 Pfg. Stundenlohn verdienen muß, um sich notdürftig durchs Leben zu schlagen. Die dann am letzten Donnerstag abgehaltene Versammlung beschloß, daß die Lohnkommission nochmals versuchen solle, in erneute Unterhandlungen mit der Direktion einzutreten. Die Kommission unterbreitete darauf Freitag Morgen der Direktion diesen Beschluß und ersuchte bis zum Sonnabend Abend eine Antwort. Die sofort erteilte Antwort des Directors lautete, daß er keine weiteren Verhandlungen wünsche; er gäbe gar nichts mehr. Die Mieter möchten nun tun, was sie nicht lassen können. Hierauf erfolgte dann die Arbeitsaufstellung. — Nach dieser Klärstellung des Sachverhalts bleibt die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft auf Seiten der Streitenden sein. Hoffentlich kommt recht bald eine Einigung zustande.

Zum Bäckerstreit. Von der Lohnkommission wird ins geschrieben: Am Sonntag ließen seitens der Bäckermeister, an welche die Forderungen gesandt waren, folgende Erklärungen zahlreich ein: „An die Lohnkommission der Bäckermeister nun Rücksicht! Regen Beamtentmisse

Bäckerinnung zu Lübeck wenden, den ich bevollmächtigt habe, an meiner Statt zu handeln.“ (Folgt Unterschrift des Bäckermeisters). — „Diese Birkulare sind gedruckt und, der Umstand, daß auch von Bäckermeistern außerhalb des Streifgebietes, an welche gar keine Forderungen gesandt wurden, Antworten eingelaufen sind, läßt darauf schließen, daß diese Birkulare schon in der letzten Innungsversammlung auslagen und von den Meistern unterzeichnet wurden. Es konnte auch eine frappante Aehnlichkeit der Handschriften festgestellt werden. Die Innung hatte auch in diesem

gesellen in geschlossenem Trupp an. Der Vorsitzende der Lohnkommission, Wölz, gab den Situationsbericht und führte den Zuhörern die Bewegung von Anbeginn vor Augen. Besonders kritisierte er scharf die Macht des Gesellenausschusses in der Versammlung am Dienstag. Der Altgeselle Fänger hatte auf der Versammlungseinladung auch nicht mit einer Silbe erwähnt, daß in jener Versammlung über die Forderungen der Bäckergesellen abgestimmt werden sollte. Als der Altgeselle zurückkam, ließ er eine Abstimmung über die Forderungen schreiten, wollte, protestierten anwesende Verbandsmitglieder dagegen; trotzdem fand die Abstimmung statt. Mehrere Redner kritisierten aufs Schärfste denartige Maßnahmen.

ner tritteten aufs Schärfste derartige Pläne auf. Der Verbandsvorsitzende Ullmann erklärte, daß er bei den verschiedenen Lohnkämpfen im Bäckerhandwerk schon manchz Gemeinheit der Innungsmacher mit erlebt habe es scheine ihm aber, daß die Lübecker Bäckermeister am Bevormundung und Nebertöpfelungsversuchen den Gesellen gegenüber bisher wohl einzig daständen. Traurig wäre es, daß sie in dem Altgesellen Fanger ein Werkzeug gefunden hätten, der ihren Einflüsterungen willig Gehör schenke. Die Versammlung am Dienstag sei unter Verdunkelung der wichtigsten Verhandlungspunkte aus dem Grunde einberufen worden, um die Gesellen zu übertöpfeln, die Abstimmung bei derselben namentlich vorgenommen, um der Innung zu Liebe einen gemeinen Denunzianenstreich auszuführen; die Gesellen, welche für die Forderungen des Verbandes stimmen, sollten den Meistern zur Maßregelung kenntlich gemacht werden. Das übersteige in der Tat alles bisher dagewesene, und reiche sich dem Verhalten der Herren Petersen und Junge ihren Arbeitern gegenüber würdig an. Er freue sich, daß diese Pläne von den in der Versammlung anwesenden Verbandsmitgliedern durchschaut worden sei und diese gegen ihre Überzeugung gestimmt hätten, denn nur so sei es zu erklären, daß 61 Stimmen in jener Versammlung gegen die Forderungen und nur 17 dafür gewesen seien. Ferner berichtete Ullmann, daß mit ihm zwei Hamburger Vertreter Junges hierher gefahren sind und, weil sie ihn nicht

launten, gegenseitig ihr Herz ausschütteten. Sie fragten darüber, daß schon Sonnabend in Hamburg der Boykott ganz bedeutend gewirkt habe und sie wollten Jungs zur Bewilligung der Forderungen bewegen. Daneben schimpften diese Herren natürlich ganz gehörig auf die „Gegehrlichkeit“ der Arbeiter, vor allem auf die Bauarbeiter, und hofften, daß auch die Bäckereiarbeiter jetzt ebenso „geehrlich“ würden. Der Vertreter des Gewerkschaftsvertrags, Genosse Radde, forderte die Bäcker zu einmütigem Handeln auf und sicherte ihnen die Unterstützung der Arbeiterschaft zu. Mehrere Redner verurteilten noch die Handlungsweise der Bäckereiinhaber auß schärfste. So seien zu dieser Versammlung die Einladungen vielsach von den Meistern gar nicht an die Gesellen abgegeben, sondern untergeschlagen worden. Das zeige wieder, wie notwendig die Beseitigung des veralteten Kost- und Logiswesens beim Meister sei, denn dann wäre eine solche Bedormundung der Gesellen nicht mehr möglich. In geheimer Abstimmung erklärten sich 78 Kollegen für so-

fortige Arbeitsniederlegung. 18 stimmten dagegen und 2 enthielten sich der Abstimmung. (Von den bereits in den Streik eingetretenen Kollegen aus den zwei Großbetrieben konnten nur wenige in der Versammlung anwesend sein, weil sie auf Kosten waren, sonst wäre die Zahl der Abstimmenden größer gewesen). Allmann richtete einen zu Hessen gehenden Appell an die Kollegen, nun auch einstündig und geschlossen den Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Die Bäckereiarbeiter stehen also im Streik. Die veregelten Betriebe werden ebenfalls täglich in diesem Blatte in Annonzen bekannt gegeben. Am Donnerstag Abend findet im Vereinshaus eine Volksversammlung statt, die sich mit dem Bäckerstreik beschäftigen wird. — Was man von der Wahrheitssiebe der Innung zu halten hat, beweist folgendes: Im Inseratenteil bürgerlicher Blätter teilte die Innung mit, daß ihr Arbeitsnachweis von Gute, Stavensträß, nach H. Müß, Weiter Krambuden, verlegt worden sei. Demgegenüber erklärte uns Herr Müß, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspräche. Aehnlich liegt die Sache mit den Annonzen des Herrn Petersen. Erstens kennen wir keinen sozialdemokratischen Bäckerverband und zum andern bezahlte Herr Petersen nicht denselben Lohn wie die andern in Frage kommenden Brotsabrikate; es steht vielmehr fest, daß von allen Brotfabriken bisher in der Dampfbrotfabrik des Herrn Petersen über schlechteste Lohn bezahlt wurde.

Wegen Sittenverbrechen verurteilte die Strafkammer II am Sonnabend den Knecht Tiefchau in nichtöffentlicher Sitzung zu anderthalb Jahren Gefängnis.
Reichenfand. Heute Mittag wurde beim Amtsgericht

Leichenfund. Deine Rüttung wurde beim Bootshaus der Lübecker Studergesellschaft die Leiche einer Frau im Alter von 35–40 Jahren von Fischern aus dem Kanal gezogen. Die Leiche hat anscheinend schon mehrere Tage im Wasser gelegen.

pb. Schadenfener. Am Sonntagmorgen gegen 3¹/₄ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Moislinger Allee 25 gerufen, woselbst auf dem Grundstück der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Goers u. Wiesner ein zum größten Teile aus Holz hergestellter Lagerschuppen auf bisher noch nicht aufgeklärter Weise in Brand geraten war. Der Schuppen, in dem sich außer altem Eisen und Formen, auch eine Menge leicht brennbarer Stoffe befand, wurde total eingäschert. Durch die entstandene Hitze sowie durch Schadenfener setzt auch der Dachfuß der angrenzenden

pb. Festgenommen wurde ein im Hansa-Café beim Diebstahl eines wertvollen Spazierstocks auf frischer Tat erappter Koch aus Bittau. Derselbe führte eine große Anzahl Pfandscheine über in Hamburg und Dresden verlegte Kleidungs- und Wüschestücke, sowie verschiedene andere Gegenstände bei sich. Auch führte er ein Verzeichnis von verpfändeten Gegenständen bei sich. Sämtliche verpfändete Gegenstände durften aus Diebstählen

Schwartau. Zur Beachtung für die Ge-
...osse. In der letzten auftordentlichen Mitglieder-
versammlung des Sozialdemokratischen Vereins von
Schwartau und Rendsfeld wurde der Genosse Zeidler
als Vorsitzender und Genosse Schmid als Kassierer ge-
wählt. Also den Verein betreffenden Aufgaben sind

den Genossen Schmölde-Stensfeld zu senden. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen wieder monatlich abzuhalten und zwar wie statutarisch festgelegt.

Gutin. Landtag. Wie oldenburger Blätter berichten, wird der oldenburgische Landtag in diesem Herbst zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten, um die Thronfolge und das Steuerwesen zu regeln. Bezuglich der ersteren Vorlage hat nach dem Staatsgrundgesetz eine Neuwahl stattzufinden, damit die zweite Lesung dieses Gesetzes von einem neuen Landtage vorgenommen wird. Wir stehen demnach vor einer neuen Landtagswahl. Da in diesem Falle der jetzige Landtag erst aufgelöst werden muß, so wird zu diesem Zwecke in diesem Sommer noch eine Tagung stattfinden. Wenn der Landtag aufgelöst worden, so hat innerhalb zweier Monate die Ausschreibung der Neuwahlen stattzufinden und innerhalb weiterer drei Monate muß der neue Landtag zusammentreten. — Unseren Freunden im Fürstentum Lübeck, die noch nicht das oldenburger Staatsbürgersrecht erworben haben, empfehlen wir, dies sofort zu tun, wenn sie zum Landtag wahlberechtigt sein wollen. Da bis zur Erledigung des Antrages Monate vergehen können, so wolle man die Sache nicht auf die lange Bank schieben. Wir bemerken noch, daß die Antragsteller durch die Erwerbung des oldenburgischen Staatsbürgersrechts keineswegs ihre bisherige Staatsangehörigkeit verlieren.

Gutin. Die Einförmigkeit einer aus der Stadtgemeinde Gutin (einschließlich des Zuschlages von 20 Proz.) wird in der Zeit vom 18.—23. d. Mts. vormittags von 9—1 Uhr erhoben.

Das der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.
In Neumünster arbeiten 9 Schuhmacher in vier Betrieben zu den neuen Bedingungen. — Die Malermeister in Meldorf lehnten die Forderung der Gehilfen auf Erhöhung des Minimallohns von 40 Pfsg. ab. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Rostocker Tischlergesellen. Sie sind mit der Innung der Tischlermeister in Unterhandlungen getreten zwecks Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Zugang von Tischlern ist deshalb bis auf weiteres von Rostock fernzuhalten. — Die Maurer in Boizenburg stehen wieder in einer Lohnbewegung. Bekanntlich haben dieselben im vergangenen Jahre einen Stundenlohn von 35 Pfennig gefordert, und als die Forderung nicht bewilligt wurde, 13 Wochen gestreikt, ohne etwas zu erreichen. In diesem Frühjahr ist nun die Forderung von neuem erhoben, worauf die Unternehmer in der Woche vor Ostern sich bereit erklärt haben, von jetzt an 34 Pf. zahlen zu wollen. Es wurde in der letzten Versammlung der Maurer beschlossen, den Unternehmern schriftlich mitzuteilen, daß das Angebot von den Maurern angenommen würde, wenn die Unternehmer vom 15. April 1905 an 35 Pf. bewilligen. — In einer Lohnbewegung stehen die Schneiders in Güstrow. Dieselben erstreben einen festen Lohntarif mit einer kleinen Erhöhung. Die 6 Hauptgeschäfte mit 53 Gesellen haben bewilligt; nur die Kleinmeister sträuben sich. Zugang ist fernzuhalten.

kleine Ehrenglocke der Nachbargette. Zum Attentat auf das Dienstmädchen Wachsmuth ist zu berichten, daß daß von dem Unbekannten gestohlene junge Mädchen im Freimaurer-Krankenhouse ihren Verlebungen erlegen ist. Den Täter hat die Kriminalpolizei noch immer nicht ermittelt. — In Hoor bei Schwerin brach in dem Hause des Schäfcheters Brot am Freitag ein Feuer aus. Während die frische Frau und 2 Kinder gerettet werden konnten, kam ein dreijähriges Kind in den Flammen um. Das Dienstmädchen erlitt schwere Brandwunden. — Zu dem Leichenfund im Bremen Freihafen wird mitgeteilt, daß der Selbstmörder, Briz ist sein Name, im Mai in Oesterreich seiner Militärpflicht genügen sollte. Aus Furcht vor dem Dienst brachte er sich anscheinend im Elternhause in Bremen Stichwunden bei und ließ dann zum Freihafen. In seinem Schlafzimmer wurden Blutspuren entdeckt und auch ein Messer gefunden, welches gleichfalls Blut aufwies.

Nostock. Das Monstrum von Zeitungsverleger, Geheimer Kommissionärat Boldt vom „Nostoder Anzeiger“, der gegen den Genossen Groth das Zeugniszwangsverschreiben veranlaßte, hat in der gleichen Sache zum Beweise dafür, daß Redakteur Staroffson den Artikel geschrieben haben soll, als Zeugen laden lassen zum Terminus die beiden Besitzer der „Druckerie der Mecklenburgischen Volkszeitung“ und zwei Schriftsteller derselben. Gustav Boldt betreibt also die Verleitung zum Treubruch en gros. Herr Boldt ist eine „Ordnungslüge“ comme il faut.

Bremerhaven. Ein Schreßschuß. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser erließ in den Zeitungen eine Bekanntmachung, in welcher er die Maurer- und Zimmerpoliere aussorderte, bis zum heutigen Montag unter den ihnen bekannten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, sich bis zum Sonntag Mittag bei ihren bisherigen Arbeitgebern zu melden, den Arbeitsnachweis schriftlich anzuerkennen und ihren Austritt aus dem Gesellenfachverband zu bewirken, da sie als Vertreter der Meister einer Gegenorganisation nicht angehören könnten. Andernfalls würden sie von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes nicht wieder angestellt. Der famose Koalitionsrechtsraub-Utaß hat die beabsichtigte Wirkung vollständig verfehlt. Die Poliere sind ebenso wenig zu Kreuze gekrochen wie die übrigen Arbeiter. Dann aber noch eine Frage: Dürfen Unternehmer ungestraft den § 153 der Gewerbeordnung verlegen? Eine solche Verlegung liegt hier zweifellos vor. Also . . .

Zehn Stadträtten.

Kleve. Wege runzüchtiger Handlungen an ihm anvertrauten Sonntagschülerinnen in über 20 Fällen verurteilte die Strafkammer den Pastor Hoffhardt aus Hochheimerich zu drei Jahren Buchthaus und Ehrverlust von gleicher Dauer.

Erfurth von gleicher Quelle.
Gegen a. d. R. Explosion schlägt in der Wetter.
Auf der Zeche „Werne“ in Werne entstand Sonnabend in-
folge eines Sprengschusses eine Explosion durch schlagende
Wetter. Drei Arbeiter wurden schwer, drei
leicht verletzt. Durch die Explosion brach ein Gruben-
brand aus, der aber ohne weitere Folgen bleiben dürfte,
da die Abdämmungsarbeiten sofort in Angriff genommen

München. Risiko der Arbeit. Auf der Seemühle bei Rüdershausen geriet der 17jährige Sohn des Müllers Ströder beim Mahlen amüsieren die Komrade der

Sabedter Marktpreise vom 16. April.
 Bauern-Gutter Pfld. 1,10 Mt., Meierei-Gutter Pfld. 1,20 M.,
 Hasen Std. — Mt., Enten Std. 3,50 Mt., Hühner Std.
 2.— Mt., Küken Std. — Mt., Tauben Std. 0,60 Mt.,
 Gänse Pfld. — Pf., Fledgling — Mt., Schweinstoßpf.
 Pfld. 0,40 Mt., Schinken Pfld. 0,85 Mt., Wurst Pfld. 1,15 M.,
 Eier 12 Std. 60 Pfsg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfsg., Karotten
 100 m.

Zum 1. Juli 3 Wohnungen
zu vermieten, Preis 155 und 170 M.
Näheres Vorberichtstraße 11.

Zum 1. Juli eine 2. Etage zu vermieten,
enthaltend 3 Zimmer, Küche, Keller, Bodensammler,
u. Zubehör. Zu erfragen Vorberichtstraße 54, part.

zu verkaufen
ein blauer Briefständer.
Urimstraße 27 a.

Guter bürgerlicher Mittagstisch
Waisenhoftstraße 18, part.

Auktion
Dienstag den 19. April cr.
10 Uhr vormittags

Neu-Lauerhof

Urimstraße.

Wegen Umbau des Hauses verkaufe folgendes
gegen bar:

Eleg. Plüscht-Garnitur, Schatulle
mit Aufsatz, Sosa, Tische, Stühle,
gr. Schankelpferd, Zinn-, Messing-
u. Spiegeljochen, Glas- u. Lampen-
kronen, Porzellan, Haus- und
Küchengerät und vieles mehr.

Carl Wilhelms

Auktionator und Soziator.

Die Weberei von
W. C. Kelling

(früher: F. J. W. Hopp)
5 Gr. Bauhof, Süder, Ecke der Essengt.
empfiehlt ihre gefügten

Bett-, Tisch- und
Leinenzeuge

sowie doppelt gereinigt

Daunen u. Bettfedern
zu konkurrenzfähigen Preisen.

Fahrrad-Haus. **H. A. Hill**

Bettdeckungs-
und
Emaillierentlast. Johannisstr. 9.

Größte Reparaturwerkstatt Süder.

Mantel, früher 7 Mkt. jetzt **Mkt. 5,50**

Schlüsse, früher 4 Mkt. jetzt **Mkt. 2,80**

Centrum Mantel, früher 10 Mkt. jetzt **Mkt. 8,00**

Ladung frische Ware, volle Garantie.

Neu Fahrträger, 1 Jahr Garantie, Mkt. 25.

Arbeiter Bildungsschule
Lübeck.

Mitgliederversammlung

am Dienstag den 19. April 1904
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Eröffnung. 2. Feierlegung des Sommer-Lettermarsches. 3. Wahl. 4. Anträge. 5. Sonstige Berichtsgelegenheiten.

Die Mitglieder werden um zahlreiche Beiträge erachtet.

Der Vorstand.

W. Blos, Französische Revolution von 1789 in 20 Lieferungen a 20 Pf.

W. Blos, Deutsche Revolution von 1848/49 in 27 Lieferungen a 20 Pf.

Héritier, Französische Revolution von 1848 in 25 Lieferungen a 20 Pf.

Lissagaray, Geschichte der Revolution von 1870/71, III. Ausgabe in 15 Bf. a 20 Pf.

W. Zimmermann, Sieger deutscher Befreiung in 26 Lieferungen a 20 Pf.

A. Dodel, Das Leben und Werk des Marx, 22 Lieferungen a 20 Pf.

R. Peters, Glimmer an die Revolution, 10 Lieferungen a 20 Pf.

E. Wurm, Gesundheitsgeschichte in Staat, Gemeinde und Familie, 25 Liefer. a 20 Pf.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung u. Druckerei von Friedr. Meyer & Co.

Achtung! Bäckerstreik!

Weil die Lübecker Bäckereihäuser die bescheidenen Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligten, sind diese in den Streik getreten. Wir ersuchen die geehrte Bevölkerung, nur in diesem Kampfe zu unterstützen und nur aus folgenden geregelten Bäckereien Backwaren zu beziehen:

Betriebe, welche die Forderungen schon länger bewilligt haben,
zum Teil noch mehr bezahlen:

Lübecker Genossenschaft-Bäckerei, Töpferweg 65.
Wilhelm Stiehl, Holstenstraße 25.

L. Nolte, Neuerstraße 39.

A. Breden, Roßlanger Allee 116.

K. Evers, Schlachterstraße 1.

Bäckereien, welche die Forderungen bewilligt haben:

Fahrenkruger Brotfabrik, Severin, Fahrenkrug.

Dampfbrotfabrik Fahrenkrug, Behren, Fahrenkrug.

Simonsbrotfabrik, Schleswig, Judenburger Allee 67.

Paaseh, Fahrenkrug.

Ratge, Roßlanger Wühle.

Böttcher, Steinmühlen.

Zur Solidarität der Bäckereien von Lübeck.

Angesichts der anhaltenden Steigerung der Preise für Rohmaterialien ist es als ein

großes Glück

zu bezeichnen, wenn man wie ich die Abschlüsse so gemacht hat, daß noch vorwiegend die gewohnten niedrigen Notierungen bestehen können.

In der Abteilung für Baumwollen-, Leinenwaren und Aussteuer-Artikel empfehle ich u. A.:

Hemdentuch	Meter 20, 25, 30, 36, 40 bis 65 Pf.
Halbleinen (Grasbleiche)	Meter 39, 45, 48 Pf.
Rein Leinen (Rasenbleiche)	Meter 48, 58 bis 95 Pf.
Halbleinen Creas,	Meter 30 bis 54 Pf.
Bettbezüge, doppeltbreit	Meter 55 Pf.
Bettbezüge, prima doppeltbreit	Meter 78 Pf.
Bettluch-Halbleinen, doppeltbreit,	Meter 50 Pf. bis 1.18 M.
Bettluch-Reinleinen, doppeltbreit,	Meter 1.20 bis 2.00 M.
Bett-Inlettis, dunkelrot, 190 Ctm. breit,	Meter 1.08 bis 3.00 M.
Bett-Inlettis, gestreift, alle Breiten,	Meter von 38 Pf. an.
Betten, 4teilig, fertig gesägt	von 11.85 M. an.
Betten, 4teilig, besser Qualität	18.00 bis 120 M.
Bettfedern u. Daunen, sorgfältig gereinigt, pro Pfund von 40 Pf. bis 6.00 M.	
Bettdecken, weiß und bunt	von 1.30 M. an.
Bettstellen, eiserne, für Größe und Kinder,	von 4.75 M. an.
Matratzen und Keile	von 3.00 M. an.

Zähnen der Bett-Inlettis gratis! Vergnügungsmärchen wolle man abfordern.

Otto Albers

Stohlmarkt 10.

Süder.

Markt 4.

Seinste frische Hofbutter

Pf. nur 1.10 M. empfiehlt

Heinz. Wiesendorf, Königstraße 88.

Ein Siegelring verloren

a. d. Eisenstr. bis Süd. Reinhardtsbogenstraße.

Gegen Belohnung abzugeben. Gütesiegel für 16 Pf.

Altren reinigen . 1.50

Federn etw. zähnen . 1.50

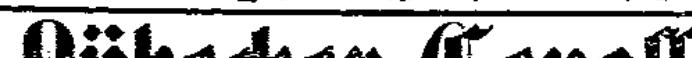
— 1 Jahr Garantie. —

Abgläser 1. Dual. 0.50

AUG. BÜHLER,

Werkstätte,

Süderstraße 82. —



General-Versammlung

am Montag den 25. April d. Js., abends 8³/₄ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Geschäft- und Rätselbericht vom ersten Quartal 1904.

2. Besoldung des Vorstandes.

3. Einführung der Weißbäckerei.

Anteilscheine legitimieren.

Wohne jetzt:

Holstenstr. 17 (Café Mauss)

Dr. Bauer

prakt. Arzt

und Spezialarzt für Haut- und Harnleiden

Mitglieder-
Versammlung

der Central-Baukasse
der Maurer, Gläser (Weißbinder) un
Stuckateure Deutschlands

, Grundstein zur Einigkeit“
am Dienstag den 19. April d. J.

im Vereinshaus,

Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

Abrechnung vom 1. Quartal 1904.

Wahlen.

Innere Angelegenheiten.

Beschiedenes.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfss-
arbeiter u. Arbeiterrinnen Deutsch-
(Böhmele Böbed.)

Ver Sammlung
am Dienstag den 19. d. J. Mis.

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder

2. Abrechnung vom 1. Quartal 1904.

3. Die Lohnbewegung der Bäcker (Werkt.).

4. Kartellbericht.

5. Bericht von der Konferenz am 10. 4. 04.

6. Fragekasten. 7. Berchiedenes.

N.B. Die in der Baubranche beschäftigten Kollegen haben in der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde (G. P.)

Monats-Versammlung
am Mittwoch den 20. April

abends 8½ Uhr

im Bürgerverein.

Tages-Ordnung:

1. Einführung des Herrn Dr. med.

Schimmelmann.

2. Auslösung von Darlehnscheinen (Festole).

3. Anlagen in Karlsruhe.

4. Besprechung über die Lage der deut-

lichen Naturheilbewegung.

5. Verschiedenes.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

ordentliche

General-Versammlung

am Montag den 25. April d. Js., abends 8³/₄ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Geschäft- und Rätselbericht vom ersten Quartal 1904.

2. Besoldung des Vorstandes.

3. E

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 91.

Dienstag, den 19. April 1904.

11. Jahrgang.

Die Kirche und die Judenschwärmereien des Mittelalters.

Als die christliche Religion Staatsreligion geworden war, und die Machthaber ihre Eroberungspolitik mit dem weiten Mantel des Christentums deckten, war die kirchliche Gesetzgebung dazu gekommen, alles und jedes Zinsnahmen zu verbieten. Die Kirche konnte dies, denn rings um sie herzte die Naturalwirtschaft. Der Handel war in den Stürmen der Völkerwanderung fast völlig erloschen. Wo er sich kümmerlich erhalten hatte, waren in der Hauptzache die Mönche, neben ihnen die Juden, seine Träger. Es entsprach in jener Zeit den Interessen der Kirche, wenn sie sich gegen das Zinsnehmen wandte. Sie tat es mit Nachdruck und Zuversichtlichkeit, indem sie als Glaubenssatz aufstellte, widerrechtlich und sündlich sei es, die Nutzung fremden Kapitals zu vergüten.

Aber die Völker blieben nicht bei der Naturalwirtschaft stehen. Aus den Niederlassungen um die Burgen, Kirchen, Klöster, an den Flüssen und an den Kreuzungen der Heerstraßen entwickelten sich die Städte, aus der Arbeitsteilung auf den Fronhöfen das zukünftige Gewerbe. Der Handel keimte wieder empor. Es wurde nicht mehr Ware gegen Ware, sondern Ware gegen Geld getauscht. Der Handel hatte das Kreditgeben und das Zinsnehmen zur Voraussetzung. So wogte und brandete denn die aufgekommenen Geldwirtschaft über die primitiven, in den Seiten der Naturalwirtschaft entstandenen ökonomischen Gesetze der Kirche hinaus. Aber inmitten dieses Entwicklungsprozesses von der Natural- zur Geldwirtschaft fühlte sich die Kirche in der Autorität ihrer Lehren angegriffen und in ihrer Existenz bedroht. Sie wendete das kirchliche Zinsverbot nur um so schärfer an; aber das wirtschaftliche Leben spottete all' der Verbote, der Predigten, des Streites, und es ist der größte Hohn auf das kirchliche Zinsverbot, daß schließlich nicht bloß Könige und Fürsten, sondern auch Bischöfe und Päpste borgen mußten.

Die Art, wie die Kirche versuchte, sich gewaltsam gegen eine notwendige Entwicklung zu stemmen, inmitten der Geldwirtschaft an den Gesetzen der Naturalwirtschaft festzuhalten, brachte Elend und Unglück über große Teile des Volkes. Dabei verhinderte das Zinsverbot nicht den Wucher, es beförderde ihn im Gegenteil und es wurde eine der Ursachen der grauslichen Judenschlächten des Mittelalters.

Die von der Kirche als die Mörder des Begründers der christlichen Lehren tief gehaschten Juden standen außerhalb der Christenheit. Von den ersten Zeiten des Christentums an sind sie namentlich von dem niederen Klerus auf das heftigste verfolgt worden. Gerade diese klerikale Unzulänglichkeit trug viel dazu bei, zu verhindern, daß sich die Juden mit der übrigen Bevölkerung vermischten. In der Umgegend der Klöster, den Zentren der Kultur in den ersten Zeiten des Mittelalters, duldeten man sie nicht oder nicht lange. So wurde es ihnen unmöglich gemacht, sich dem Ackerbau oder später dem Gewerbe zu widmen. Förmlich gezwungen, sich durch den Handel zu ernähren, wurden sie dessen ausdauernde Förderer. Außerhalb der Christenheit stehend, standen die Juden auch außerhalb des kanonischen Zinsverbotes. Sie konnten Zins nehmen und Geldgeschäfte treiben und taten es auch.

Die ganze herrschende Klasse des Mittelalters machte sich Judenhass und Judenbegünstigung zu Nutzen. Das kanonische Zinsverbot war dazu die Ursache. Es brachte die Juden in eine privilegierte Ausnahmestellung, der aber, gerade weil das Zinsnehmen als Sünde galt, Hass und Verachtung anhaftete. Je mehr die Naturalwirtschaft sich zur Geldwirtschaft entwickelte, desto hemmender und drückender wurde das kirchliche Zinsverbot, desto öfter mußte der Christ den Juden als Gelddarleher in Anspruch nehmen. Die

Juden wurden das unentbehrliche Bindeglied zwischen Produktion und Handel, die Kapitalbesitzer, die Wucherer.

Vom Papst bis zum niederen Christen nutzte der ganze Klerus die Lage der Dinge aus. Und Fürsten und Städte machten es dem Klerus nach. Hatte der Jude vor dem Christen das Privileg des Zinsnehmens, also des Wuchers in der Sprache der Kirche, so mochte er dafür bezahlen. Die Judenschulgelder wurden eingeführt. Sie waren die Zinseszinser vom Wucher der Juden! Dabei wuchs auch der Klerus weiter! So klagte zum Beispiel 829 der Bischof von Worms in einem Briefe über die hohen Zinsen, welche die Kleriker aus Darlehen von Armen fordern.

Das Judenregal war eine überaus einträgliche Geldquelle des Kaisers. Aber es war nur eine von den vielen Belastungen der Juden. Die Städte erhoben für die Dul dung der Juden von diesen hohen Steuern, daneben ließen sie sie für die Befreiung von Wach- und andern Diensten bezahlen. Bei Aufführung neuer Stadtmauern wurden die Juden geschöpft. 1386 hieß es im Nürnberger Stadthaus halt: „recepta von den juden wegen 16 216 Pfq.“; 1387: „17 806 Pfq.“ Noch ergibiger aber für ihre weite Tasche nutzte die Kirche die Juden. Für die Päpste war der Judenwucher geradezu eine Notwendigkeit. Die Christen jüdischer Geldleiher war noch der einzige Grund, der den völligen Zusammenbruch des kanonischen Zinsverbotes hinauszögerte. Deshalb, und weil sie selbst von den Juden Geld erhielten, machten die Päpste immer wieder den Juden für ihre Geldgeschäfte mit den frommen Gläubigen eine Hintertür auf. So beispielsweise Papst Innocenz VIII., der durch eine Bulle dem Rat der Stadt Frankfurt a. M. hieß, den Juden Häuser zu geben, und gestattete, daß sie auf ihnen liegen. Der Erzbischof von Mainz entwickelte 1255 in scholastischer Spitzfindigkeit: dem Christen sei Wucher verboten, Wucher (d. h. Zinsgeschäfte) müssen getrieben werden, also müssen die Christen wuchern, denen Wucher keine oder kaum eine Sünde sei. Der „Lohenspiegel“ sagt „von juden und andern unglaublichen“: „Die Kirche will sy in dieser Sünde belassen, so haben sy um den Wucher kein conscienc.“ Ja, die frommen Herren der Kirche machten selbst allerlei Geldgeschäfte mit den Juden. So verfündete 1291 der Erzbischof in Erfurt den Juden gar die ganzen Gerichtsgesetze, und es galt dies nicht als etwas erhebliches. Dabei wußte die Kirche ihre Schuhjuden auch wieder gründlich zu schröpfen. Plötzlich wurde dekretiert, daß den Schuldnern ihre Judenschulden in Gnaden erlassen seien. So hatte das Papsttum zur Zeit der Kreuzzüge und um die hungrigen Schnappjäcke des Adels „unter das Kreuzzeichen“ zu bringen, den Kreuzfahrern u. a. auch den Nachlaß ihrer Judenschulden als Leidmittel versprochen. Helfe, was helfen mag: Jud' hinaus, Jud' herein, wie's der jeweiligen Politik gerade besser rentierte.

Unter solchen Verhältnissen war das Geldleihen ein Risiko, welches sich der jüdische Bankier des Mittelalters hoch bezahlen ließ. Wenn der Christ in das Judentviertel schlich und Geld bargte, bekam er es auf wöchentliche Fristen, zu hohen Zinsen und drückenden Pfändern. Konnte er nicht rechtzeitig zurückgeben, dann wuchsen seine Schulden rapide an und eines Tages war er ruinös. Über die Juden nahmen ihre Wucherzinsen nicht frei nach eigenem Ermessens, sondern mit hoher obrigkeitslicher, kirchlicher und päpstlicher Genehmigung. Die kanonische Gesetzgebung verhinderte nicht nur nicht den Wucher, sie arbeitete ihm sogar in die Hände und nach allen Flüssen und Verbindungssormeln legitimisierte sie ihn sogar durch ein Hinterpöckchen, sodass gerade unter ihrer Herrschaft der Wucher eine Ausdehnung annahm wie nie früher oder später. So muß der klerikale Geschichtsschreiber Rütinger urteilen, in seiner dem Bischof von Passau gewidmeten Preisschrift über die Geschichte der kirchlichen Armenpflege. Es ist eben unmöglich, die

unrechte Bekanntheit geriet. Ich kenne ja auch zahlreiche ehrenwerte Männer in diesem Stande und rechne zu denen auch mit gutem Gewissen meinen eigenen Vater; das alte Vorurteil, aus besserem Ton gekrebet zu sein, steht vielen der Herren doch noch in den Adern. Was in der bürgerlichen Gesellschaft als eine Freizeitart gebraucht werden müßte, gilt den Herren als eine „noble Passion“, mit der sie sich über sonstige Sorgeln hinwegsetzen, und ich sage doch an zu fühlen, daß ich nicht recht mehr in diese Sphäre passe. Sonderbar, daß das Ehrgefühl da nach einer Seite so scharf ausgebildet wird, daß ein Schlag, ein Schimpfwort imstande ist, einen Mann, der es nicht von sich abwälzt, für sein ganzes Leben ehrlos zu machen, während gebrochene Schwüre, also gemeiner Weineid, nur daß er nicht vor Gericht abgegeben wurde, zu den Alltäglichkeiten gehören, nur weil die Standesgenossen dies ignorieren.“

„Mein lieber Herr Baron,“ sagte Büster achselzuckend, „das Kapitel ist schon über und über verhandelt, aber dadurch nicht besser geworden, und daran ändern wir nun einmal nichts, wenigstens nicht mit einem Schlag. Das muß die neue Welt allmälig, aber gründlich vertreiben und unschädlich machen; aber lassen Sie sich nichts merken,“ unterbrach er sich rasch, „da kommt Morz, wir besprechen das einmal später.“

„Richts merken?“ rief Hans, während die Tür sich öffnete und Morz, ein Valet, Briefe in der Hand, hereintrat, „nein, Herr Notar, kein Geheimnis da mehr zwischen uns, das mir, da ich es nun einmal kenne, doch nur auf der Seele brennen würde!“

„Wer hatte die Briefe auf das Wahl des Notars gelegt und wollte sich eben wieder zurückziehen, als Hans auf ihn zusprang und ihm die Hand entgegenstreckte.“

Klaren Tatsachen zu verdunkeln. Erlaubte doch sogar Papst Innocenz VIII. in seiner 1491 an den Rat von Frankfurt a. M. gerichteten Bulle, daß die Juden „1 Heller auf 1 Gulden für eine Woche fordern“ durften, das ist also etwa 21 Prozent Zinsen! Die Kirche machen mußten, und die Unsicherheit des Geschäfts zwangen sie zu hohen Zinsen. Und die Kirche und die frommen Fürsten sahen die hohen Subzinsen gerne. Je mehr der jüdische Geldverleiher verdiente, je mehr konnte man ihn schröpfen. Man erpreßte aus den Juden immer höhere Schulgelder und erlaubte ihnen, sie durch hohe Zinsen von Bürger und Bauer wieder herein zu holen.

Mit jedem Schritt, um den die Entwicklung der Geldwirtschaft vorwärts kam, wurde dieser das kanonische Zinsverbot hinderlicher. Aber die Klerike wollten sich nicht zu seiner Aufhebung verstehen. Es dunkelte sie gefährlich, vor allem Volk das kirchliche Dogma dem neuen Geiste der Zeit zu opfern. Denn kirchliches Gesetz war göttliches Gesetz und hatte ewigen Bestand. Dann aber sah die Klerike auch mit schleuen Augen die Neuordnung der Dinge. Die bisher unbekannte und in ihrer Tragweite unberechenbare Macht des rollenden Geldes zertrümmerte die ökonomische Alleinherrschaft der großen Grundbesitzerin, der Kirche. Deshalb hielt die Klerike so lange es irgend möglich war, am Zinsverbot fest.

Aber dem Handel war das Zinsverbot im Wege. Es trieb die Warenproduzenten, die Kunsthändler der schrecklichsten Wucher, von der Kirche gebündeten und geförderten Ausbeutung in die Arme. Erkannte das Volk erst in der kanonischen Gesetzgebung gegen den Zins die Ursache des furchtbaren Drucks, dann mußte sich sein Grimm gegen die Kirche wenden. Deshalb waren die Pfaffen frühzeitig am Werk, die Aufmerksamkeit der Massen von der Hauptstadt, der Kirche, abzuleiten. Das Mittel zum Zweck war der Antisemitismus, und die Röheit und Unwissenheit des Mittelalters machten es wirksam.

War in einer Stadtbevölkerung die unklare Wut über die Verschuldung beim Juden am höchsten gestiegen, und beriefen sich die Juden laut darauf, daß ja Papst und Kaiser ihnen gestattet hätten, diesen Zins zu nehmen, dann schickten die Mönche von Haus zu Haus. Oder sie standen auf der Kirchenkanzel und regten das Volk auf. Seit 1450 zog in Deutschland auch der Franziskaner Capistrano umher. Und wie gut, wie christlich und verständig erschien in dieser Männerklude das kirchliche Zinsverbot! Wie doppelt niedrächtig war ihnen gegenüber der Wucher des Mosäus, des Ephraim und all der Juden im Judentviertel! Die Wut des Volkes stieg noch, wenn die satanischen Mönche die Juden der Zaubererei beschuldigten, der Gemeinschaft mit dem Teufel, des Ritualmordes, der Brunnengiftung. Die Umstände waren solchen Anschuldigungen günstig. Die Städte zwangen die Juden in der Judengasse abgesondert zu wohnen. Das war der schmutzigste, geäusigte Winkel der stinkenden Stadt. Berlich der Jude die Gasse, so mußte er durch besondere Kleidung, zumindest durch den Judenhut gekennzeichnet sein. Trug eine verheerende Seuche ihren Keim in die Stadt, so fand sie ganz natürlich in dem Schmutz der Judengasse zuerst ihre Nahrung. Von der Judengasse drohte die Seuche dann weiter, und was Wunder, wenn in blinder Wut des Volks die Juden jetzt beschuldigte, aus Christenhaus die Stadt verschont zu haben. Zumindest all des Hasses, der Juden desto enger zusammen. Das gab ihnen wiederum einen geheimnisvollen, seltsamen Charakter und erhöhte die allgemeine Abneigung.

Wenn nun die Mönche hetzen, großteils der Volkssorn nach der Judengasse hinüber. Wenn man den jüdischen Geldleiher einfach töschlig, war man aller Schulden ledig! Und der Lotschlag war eine um so geringere Sünde, wenn man das Geld des Juden — der Kirche gab. So tobten dann die Volkshäuser durch die Judengasse, schlugen die

„Herr Baron!“ rief Morz und wurde, indem er zurückprallte, totenbleich.

„Herr Baron? Nicht mehr so,“ rief Hans bewegt, „der Notar hat mir alles erzählt, und recht von Herzen darf ich ihm das; aber Du und Du sind wir auch fortan, und daß ich Dir nie im Leben etwas zu Leide getan, Bruder Morz, so darfst Du es mir auch nicht abschlagen, wenn ich Dich darum bitte.“

Der kleine Mann, dessen Hand Hans ergriffen hatte, stand vor ihm, am ganzen Körper zitternd; er vermochte kein Wort über die Lippen zu bringen. Sollte er dem Notar zürnen, daß er sein Geheimnis verraten hatte, sollte er laut aufjubeln, daß er eine Hand in der seinen hielt, die es trennen und brüderlich mit ihm meinte? Die Gedanken schwirrten ihm nur so durch den Kopf, und nur das erste dunkle Zuge hob er zu Hans empor und begegnete für wenige Sekunden wie schein und furchtlos dessen Blick. Dann aber zog ein lichtes Lächeln über seine Züge, und mit seiner weichen, melodischen Stimme sagte er, den Druck von des Bruders Hand erwidern:

„Ich danke Dir, Bruder Hans, ich danke Dir recht aus meiner innersten Seele heraus, denn mit Deinem freundlichen Worte hast Du mir wieder Lust und Vertrauen zum Leben gegeben. Ich stand gar so einsam und verlassen in der Welt.“

„Armer Bruder!“ Aber lasst es damit auch genug sein, fuhr Morz leise fort. „Wenn Dir der Herr Notar Alles erzählt hat, so weißt Du auch, wie Dein Vater gegen mich gespukt ist.“

„Aber er kennt Dich gar nicht.“

„Und glaubst Du“, sagte Morz bitter, „dass meine Persönlichkeit ihn glücklicher für mich stimmen würde? Nein!“

Juden tot, plünderten ihre Häuser und brannten sie nieder. Aus einzelnen Städten überbrachten uns die Chroniken noch schärfer Kunde der schrecklichen Judenmassakres. „In Basel“, erzählt der Chronist Würtzisen, „wurden die Juden nach der Weihnacht des Jahres 1348 in ein hölzern Häuslein zusammen geflossen und jämmerlich im Rauch erstickt.“ In Freiburg i. Br. 1349 „an dem nächsten Mittag vor unsern Feiern Tag der Lichtmess, da wurden alle die Juden, die zu Freiburg in der Stadt waren, verbrannt, auch Kinder und reagente Frauen“. Von der Judenverfolgung in Schaffhausen 1401 wird u. a. erzählt, drei Juden waren so gefoltert worden, daß man sie „auf dem Karren nach dem Scheiterhaufen fahren mußte und hatte man ihnen die Bade an den Beinen aufgeschnitten und ihnen heißes Blech darein gegossen und wiederum zugeheisselt und dann wieder aufgeschnitten und dazu hant sie ihnen die Sohlen unten angebrannt, daß man wohl das bloße Bein hätte gesehen und sie wären mit verbunden gefeuert, und daß der Gemarterten einer redet: ich weiß nicht, was ich verjehen (bekannt) han, denn bei der Mutter hält ich gesprochen, daß Gott nicht Gott“. In Esslingen versteckte sich, angestichts des Bedrohlichen, die ganze Judenschaft in der Synagoge, kündete dieselbe an und storb freiwillig in den Flammen. Ebenso in Speyer und Worms. In Erfurt schlossen sich die Juden in ihrer Gasse ein, stießen sämtliche Häuser in Brand und erlitten so, an 6000 Menschen jeden Alters und Geschlechts, den Tod.

Mit Sint und Tränen bezahlten die Juden die Folgen des kirchlichen Einsverbotes. Über die ökonomischen Verhältnisse zeigten sich mehrmals als die blutigen Judenverfolger der Kirche kaum vertrieben, mußte man die Juden wieder aufnehmen, weil man den Geldlehrer nötig hatte.

(Aus „Wider die Pfaffenheit“ dem sehr empfehlenswerten populär-historischen Werk unseres Leidet so früh verstorbenen Genossen Emil Rosenow.)

SONNTAGS WILHELMSTILLEBEN.

Streiks und Schababwiegungen. Die Bauarbeiter-Uosperrungen, welche die Arbeitgeber im Vorjahr befohlen und sorgfältig vorbereitet haben, melden sich. Auch in Forst i. S. ist es zu einer solchen gekommen. Dort haben die Baumunternehmer den Maurern eine neue Arbeitsordnung vorgelegt und bestehen auf Anwendung derselben. Die Maurer weigerten sich dagegen und so kam es auf mehreren Baustellen zu Uosperrungen. Der Kampf hat den ausschließlichen Zweck, die Organisation der Maurer zu vernichten. — In Weifelsdorff haben 78 Zimmerer wegen Sozialdifferenzen die Arbeit niedergelegt. Der Streik der Stückarbeiter in Wadern wurde vor dem Gewerbege richt beigelegt. Die Streikenden haben einen vollen Erfolg erzielt. — Der Arbeitgeberverband in Götingen befürchtet die Verbesserung der Bauarbeiter abzulehnen. Ein Ausland ist sehr wahrscheinlich.

Aus Krimmitschan. Am Montagabend u. B. reiste wieder einmal ein Teil der ausgebürtigen Tiefgarbeiter ab, um unbedingt in Arbeit zu treten. Handerte von Kollegen halten sie am Bahnhofe eingefangen, um mit den Scheiden, mit welchen sie jahrelang zu arbeiten in einer Fabrik gearbeitet und im Berichte bereit für die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft geführt haben, nach einer Freundschaftsworte zu wünschen. An diesem Abend hätten die Unternehmer sehr hörken, doch die bisherige Erhöhung unter der Arbeiterschaft fortgeführt. Die Arbeiter haben sich zur Zeit vor dem Durchgang gebaut, vor dem Verfolgen durchdrungen, zu gegebener Zeit den zehnfachen Arbeitstag zu erkämpfen. Unter den Auswandernden fanden sich welche, die das 50. Lebensjahr überschritten haben. Nach sie zwanzig zum Baudienst greifen und in die weiße Welt hinausziehen, weil ihnen das Unternehmertum am Ende keine Arbeit mehr gab, so also dem Haagerische überantwortete, sowohl diese Männer ihre Freiheit und Schätzigkeit gehabt haben, damit das Unternehmertum Reichtum auf Kosten anderer häufen vermöchte.

Die Verwaltungssiele Solingen des Deutschen Metallarbeiterverbandes warnt vor Benützung eines Zuges, in der eine Metallwaren-Zulieferer in Solingen bei Solingen-Lippspringe steht, sowie jenseitige Linie von 18 bis 24 Jahren. Die Beschäftigten sollen keineswegs so günstig sein, wie sie bereits angekündigt werden. Wer auf eine solche Stelle reichten möchte, ist gut, sich erst bei KfW. Süder, Gewerkschaftsberater in Wohl bei Solingen, zu erkundigen.

wirkt nicht jedem, und ich halte mich in dieses Augenblick für recht, überzeugt.“

„Wie erster, guter Herr“, sagte Hans bewegt, „aber ich vertrage es Dir, und wäre der Letzte, der Dir nein sagt nicht.“ So sei, wie Du es selber willst, bis wir uns später vielleicht einmal darüber verständigen.“

„Was soll für eine Bitte hatten Sie an mich, Herr von Selberg?“ fragt Bäuerer, der ein Lüder, aber behutsam nicht minder freundlicher Zeuge des Ganzen gewesen war. „Sie sprechen doch kein Deutsch.“

„Ja, jetzt kann mich, indem er bei Unserer Hand ins Herz, und Bäuerer läßt ihm mit segnender Hand, denn dies ist eben erfreulich, auch mich nur in dem einen gefüllten Glasbecher. Ich habe nämlich, als ich vorhin zu Hause war, einen Brief vom Baron bezogenen, der meine Nachfrage nach Preis bestätigt noch im Laufe dieses Jahres bestätigt, wenn ich mich gut nicht heraus denke, mich best für immer sicher zu fühlen. Nur ein paar Jahre würde ich darüber noch aufzuhören müssen, und ehe ich die Seite bestimmt weiter setze, bleibt mir dann allerdings hier noch etwas Zeit, um mich vorher noch, nämlich nichts Schlimmes, als was zu verhindern.“

„Und kann ich Ihnen helfen?“ lächelt der Notar.

„Ja,“ sagt Hans. „Hier können Sie. Ein Hauptgrund, warum ich mich Ihnen trauen kann, war, mir eine Stütze zu suchen. Die prominenten Damen sind allerdings sehr zurückhaltend, aber trotzdem nicht minder großzügig. Sicherlich ist es nicht nur hier in diesen Kreisen sonst einer großen Großherzigkeit zu sein, habe ich aber auch nur wenig entsprechende Erfahrungen gemacht. Es mag ja, das mein Fehler, aber vielleicht noch geringe Stütze nach langer halber Schamhaftigkeit zwischen mir. Sie zu diesem Punkte führen.“

Gewerbegerichtswahlen. Bei der Gewerbegerichtswahl in Breslau machten die „Käffertreuen und christlichen Arbeiter“, deren Deputation nach dem Tode Krupps durch die bekannte Rede Wilhelms II. gegen die Sozialdemokratie auf dem Hauptbahnhofe zu Breslau besonders ausgezeichnet worden war, zum ersten Male den Versuch, mit den freien Gewerkschaften in Wettbewerb zu treten. Der Versuch endete mit einem völligen Fiasco; die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 4300 Stimmen, die der christlichen Gewerkschaften nur 600. Die Hirsch-Duncker'schen strecken schon vor der Wahl die Waffen. — In Wittenburg siegte ebenfalls in der Abteilung der Arbeiter die Liste der Gewerkschaften mit 1675 Stimmen gegen 1437 im Jahre 1901.

Der Streitbrecherstrich ist in Schweden vor einigen Jahren durch ein Spezialgesetz zur besonderen Aufgabe der Behörden und Gerichte gemacht worden. Dieses „Zuchtwaldegesetz“ belegt Drohungen und Gewalttaten mit viel schwereren Strafen, wenn sie gegen Streitbrecher verübt werden, als wenn sie gegen andere, nicht zu diesen verschworenen Proletarien gehörende Leute begangen werden. Diese handgreifliche Ungerechtigkeit, die der höchsten Klassenjustiz willkommenen Handhaben bietet, hat natürlich gewaltige Erbitterung unter den organisierten Arbeitern Schwedens hervorgerufen und neverdigs zu dem Versuch geführt, das Gesetz wieder zu beseitigen. Zu dem Zwecke haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im schwedischen Reichstag eine Resolution gegen das Gesetz eingebrochen, die dieser Tage verhandelt wurde. Die erste Kammer hielt eine Beratung überhaupt nicht für nötig; sie lehnte die Resolution rundweg ab. In der zweiten Kammer sprachen außer unseren Freunden Branting, Persson und Larsson auch angehörende bürgerliche Abgeordnete für die Beseitigung des Gesetzes und die Wiederherstellung des Rechtsgleichheit. Trotzdem wurde die Resolution mit 116 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Die unethische Bewegung des gleichen Rechts bleibt also bestehen.

Kapitalistischer Gutbeharrungslehre. Für das Geschäftsjahr 1903 will die Zuckerfabrik Hildesheim für ihre Aktionäre 75 Prozent Dividende zur Auszahlung gelangen lassen. Also drei Viertel ihres Aktienkapitals erhalten die Kapitalisten für das Jahr als Gewinn zurück. Ein glänzendes Geschäft! Die Arbeiter, die den Gewinn erzielen haben, erhalten einen Tagelohn von 2 Mark. Hier ist nur eine starke Organisation imstande, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Wegen Bekleidung des Lehrers Bredenfeld in Siegen hat die Staatsanwaltschaft in Bielefeld gegen den verantwortlichen Rektor der „Vollschule“, Genossen Hoffmann, im öffentlichen Interesse Anklage erhoben. Hoffmann hatte Bredenfeld in seinem Blatte beschuldigt, sich an Schulkindern vergangen zu haben. Am 13. April wurde Hoffmann in öffentlicher Verhandlung von der Strafkammer in Bielefeld freigesprochen, da das Gericht den Beweis der Wahrschafft als erbracht ansah.

Die Amtshandlung von 10 Täufertzeten ist von der Stadtverordnetenversammlung in Duisburg beschlossen worden.

Redakteurenfreunden. Genoss Krebsjmar, verantwortlicher Redakteur des „Volksblattes“ in Dessau, wurde wegen angeblicher Bekleidung des „Staatsanzeigers“ zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Eine vom Verteidiger erhörte Widerrasse gegen den „Staatsanzeiger“ wurde abgewiesen, da Bekleidungen in den vom „Staatsanzeiger“ veröffentlichten Artikeln nicht enthalten seien.

Bei den Gemeindewahlen in Wilmersdorf bei Berlin sind unsere Genossen leider unterlegen. Drei Mandate, die wie bisher besetzt sind dadurch verloren gegangen.

Ein sozialdemokratisches Organ für St. Gallen und Umgegend zu gründen, erfolgte vergangenen Montag eine von 400 Mann besuchte Versammlung mit allen gegen eine Stimme.

Parteieröffnungen. Unser Ludwigshafener Parteiblatt, die „Blätter des Pöhl“, bisher noch in Zusammenhang mit der „Rheinhessischen Volksstimme“, wird am 1. Oktober d. J. völlig selbständig werden, da es von diesem Tage an in eigener Druckerei hergestellt werden wird.

Die Revolution in der Tagespresse durch die Einführung des Notahrebewußtseins, der den größten Teil der Bevölkerung erfüllt, gewinnt besonders in Schwaben an Ausdehnung. Jämer mehr Fabriken greifen zu diesem tollendeten technischen Hilfsmittel, das aber in der kapitalistischen Presse zum Flache der Arbeiter wird.

aber ganz im Betrachten sind ich dabei ein Blümchen, das ich Ihnen als unschätzliche Ràoße geschenkt — mit einem Kuss, Küßchen da drüber — die kleine Näherrin.“

„Küßchen?“ rief Max erstaunt aus, und der Notar legte ihm dann den Kopf.

„Weiß keiner Herr von Solberg,“ sagte er, „das ist sehr häufig von Ihnen, daß Sie sich über alle Standesvorstände lustig machen wollten, nah eine dicke Frau fänden Sie auch vielleicht nicht auf der Erde, aber . . .“

„Aber?“

„Sie kennen Ihren Herrn Vater vielleicht durch Ihre lange Abschreitung, wo hier nicht so genau als ich; er ist entweder edelsinnig.“

„Hab ich die Ursache dazu,“ ließ Hans bitter. „Seine ehemalige Ehefrau Gräfin Käthe, Herr von Seckendorff sind ebenfalls tot, und glauben Sie etwa, daß zum Beispiel eins dieser heimliche Geheimnisse von Käthe ausgetragen oder Gräfin von Käthe, oder wie sie alle heißen, eine wackere Hansfrau geben würden?“

„Die Gräfinen vielleicht nicht, aber es gibt doch gelegentlich über viele Jahre, wackere junge Dame.“

„Gern, aber wo sie suchen? Hab mich selbst sie suchen, wenn ich alles was ich brauche, in dem einen kleinen Küchen habe? Mit mir zusammen aufzugehen und haben — ich war ja selber noch ein Kind — als Kinder zusammen geküßt. Ich kann es nicht, Küßchen hat mich lieb.“

„Wer weiß nicht die Sicht dazu sagen?“

Hans lächelte leicht auf. „Mein lieber Herr Notar, sagt er, die Stadt hat in diesen Augenblick so sabelbesetzte und unverschämte Stoff zu ihren Unterhaltungen, und meine Gräfin hat dabei gleich eine so herausragende Rolle, daß es auf ein Kind mehr oder weniger dabei nicht einfalle.“

Die Beseitigung der Bankkontrolleure aus dem Arbeiterkomitee verlangt der Deutsche Arbeitgeberbund für das Handgewerbe in einer an die Magistraturen der deutschen Städte gelangten Erklärung. Diese Art Bankkontrolle führt nach Ansicht der Bankproben zu „großen Mißständen“. Der Stadtmagistrat Mühlberg lehnte es ab, sich mit dem Geduch näher zu befassen, da sich in Mühlberg mit dieser Einrichtung, die seinerzeit auf dringende Empfehlung der Regierung ins Leben gerufen wurde, keinerlei Mißstände ergeben haben.

WILL WILHELM WETTER.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer in Augsburg verurteilte den schon oft, darunter mit Buchhaus, vorbestraften Anton Küstermann von Zeitungen wegen Beleidigung des Prinzenregenten von Bayern zu 6 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hoffte am 12. März, dem Geburtstag des bayerischen Kronprinzen, auf Nachlass der noch zu verbüßenden einmonatigen Gefängnisstrafe, was aber nicht eintrat, weshalb er die Beleidigung aussieß. Er wurde von einem Mitgefangeenen, der zuerst über die Beleidigung lachte, denunziert.

Der Stoffmangel der Operettendiva. Wegen Bekleidung durch die Prinze stand der Redakteur Bantelbach von den inzwischen eingegangenen Abgeordneten im schwedischen Reichstag eine Resolution gegen das Gesetz eingebrochen, die dieser Tage verhandelt wurde. Die erste Kammer hielt eine Beratung überhaupt nicht für nötig; sie lehnte die Resolution rundweg ab. In der zweiten Kammer sprachen außer unseren Freunden Branting, Persson und Larsson auch angehörende bürgerliche Abgeordnete für die Beseitigung des Gesetzes und die Wiederherstellung des Rechtsgleichheit. Trotzdem wurde die Resolution mit 116 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Die unethische Bewegung des gleichen Rechts bleibt also bestehen.

Die Verlobung im Gerichtssaale. Aus Wien berichtet das „Neue Wiener Tagblatt“: Der Vererer eines Mädchens, dessen Eltern gegen die geplante Heirat waren, wußte sich auf originelle Art die Hand seiner Angebeteten zu erklingen. Er verklagte seine Schwiegereltern in spe in Wien wegen Ehrenbeleidigung, weil sie falsche Beschuldigungen gegen ihn erhoben hatten, die sogar zu einer landesgerichtlichen Untersuchung führten. Diese hatte indes die völlige Schuldlosigkeit des Angeklagten ergeben, und des Herrn Anton Kraman und seiner Frau, die den Vererer ihrer Tochter benutzt hatten, harrte jedenfalls eine strenge Bestrafung.

Das Beweisverfahren vor dem Strafrichter des Bezirksgerichts war bereits weit gediehen, als der Richter die Personen aufforderte, sich vielleicht doch zu versöhnen. Der Kläger, der Zahntechniker Robert Castell, sah die günstige Gelegenheit beim Schopfe und bat seinen Anwalt, in seinem Namen bei dem angeklagten Ehepaar um die Hand ihrer Tochter anzuhalten. Als zukünftiger Schwiegersohn wolle er die Klage zurückziehen. Der Anwalt unterzog sich dieser feierlichen Mission, stieß jedoch vorerst auf zähen Widerstand. „Was? Einem Menschen, der uns ins Kriminal bringen will, sollen wir unsere Tochter geben?“ „Aber bitte, Sie wollen ihn ja auch und ungerechterweise ins Kriminal bringen!“ Die Freie fragte, ob es sich bei einer Verurteilung wirklich um Arrest handle. Der Kläger antwortete ernst und sagte: „Bedenken Sie, er liebt Ihre Tochter schon lange und sie ihn auch! Also überlegen Sie nicht lange. Es handelt sich um das Leben seines Kindes, und Sie brauchen nicht in den Arrest zu spazieren.“ Die kleinlaut gewordene Mutter sagte: „Alsmann, in Gottes Namen!“ Nur der Vater blieb noch hart, worauf die Verhandlung fortgesetzt werden sollte. Dem Richter gelang es aber, auch den sterren Sinn des Mannes zu erweichen, und er sagte endlich: „Meinetwegen! Da hab's meinen Segen!“ Es folgte eine rührende Versöhnungsszene. Umarmungen, Händeschütteln. Schriftführer und Anwalt gratulierten und der Richter verkündete den Freispruch des Brantelbypaares.

Euskirchen. In Euskirchen wurde Donnerstag nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr die 74jährige alleinlebende Gastwirtin Gottlob ermordet und beraubt. Die mutmaßlichen Mörder sind zwei junge Leute. Die Mörder erschossen ihre Opfer durch einen in den Mund gestochten Knebel. Die Leiche wurde in den Keller gebracht, wo sie gleich nach 6 Uhr von Nachbarn gefunden wurde. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

Lübecker Getreidepreise vom 16. April.
Weizen 122,30 Pf. holl. Mt. 15,50—16,50, Roggen 118,126 Pf. holl. Mt. 12,50—13,50, Gerste Mt. 13,50—14,50, Huttergerste Mt. 12,50—13,00, Erbien Koch. Mt. 18,00 bis 22,00, Huttererbsen Mt. 15,00—15,50, Hafer Mt. 12,50—14,50. Alles per 100 kg Netto.

„Eher,“ fügte er mit einem bitteren Zug um die Lippen hinzu, „glauben Sie, daß mich das auf nur für einen Moment von einem beschlossenen Schritt abhalten könnte? Was haben Sie über meinen armen Dürrekopf gesprochen, der nichts als mein Gefühl für Pflicht und Ehre zum Opfer fiel? Sie werden auch über mich reden, ich aber glücklich sein! Was kümmert mich das Andere, kümmert mich die Stadt?“

„Und haben Sie schon mit Fräulein Bäuerer gesprochen?“ fragte der Notar.

„Mit Küchchen? Nein,“ rief Hans, „und das ist ja eben das Unglück, daß ich keine Gelegenheit dazu bekommen kann und sie jetzt selber herbeiführen muss, wenn ich nicht meine ganze Zeit vergeuden will! Ich habe sie allerdings ein einziges Mal in ihrer Wohnung aufgesucht, und zwar als ich sie zum ersten Mal wieder sah, müßte ihr dann aber das feste Versprechen geben, es nie wieder zu tun, und natürlich mein Wort halten. Nun hatte ich die Weicht, Fräulein mit in das Geheimnis zu ziehen und sie heute in deren Gesellschaft zu besuchen, aber wie die Sachen jetzt zu Hause stehen, ist das unmöglich, und ich weiß mir keinen anderen Rat, als bei Ihrer Hilfe zu suchen.“

„Soll ich den Freierwerber für Sie machen, Herr Baron?“ lächelte Bäuerer, „das würde sich doch wohl nicht schaden.“

„Nein, das will und muß ich selber tun,“ sagte Hans, „aber ich darf nicht hinüber und weiß auch Küchchen nirgendwo anders zu treffen, wo ich ungefähr ein paar Worte mit ihr sprechen könnte, und da wollte ich Sie bitten, lieber Notar, sie hier zu sich unter irgend einem Vorwand herüberzuführen zu lassen.“

(Fortsetzung folgt.)